Abonnements-Preis:

Hier bei der Expedition 2 Rg. außerhalb bei den Königl. Postämtern 2 Rg. 10 Sgr. incl. Post-Ausschlag, in Köln bei dem Königl. Post-Verwaltungsamt für England 3 Rg. 15 Sgr. für Frankreich 4 Rg. 24 Sgr. für Belgien 2 Rg. vier- teljähr. In Warschau bei d. R. R. Postämtern 4 No. 33 Kop. In Rußland laut R. Posttaxe.

Insertions-Preis:

für den Raum einer Zeitspalt 2 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Ketemeyer, Breitestr. Nr. 1. in Hamburg-Altona: Haafenstein & Vogler. in Stettin: die Expedition. Geeignete Mittheilungen werden gratis aufgenommen und auf Verlangen angemessen honorirt.

Berlin, 15. Februar. Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Obersten a. D. Mohrenberg, bisher Platzmajor zu Berlin, den Rothen Adler-Orden zweiter Classe mit Eichenlaub, dem Bureau-Vorsteher bei der Provinzial-Steuer-Direction zu Breslau, Steuer-Rath Schwarz, den Rothen Adler-Orden dritter Classe mit der Schleife, und dem Kreisgerichts-Secretär und Kanzlei-Director, Kanzlei-Rath Johannes Starz zu Herlorn, den Rothen Adler-Orden vierter Classe zu verleihen; ferner den Kreisrichter Zweigel in Rybnitz zum Director des Kreisgerichts daselbst zu ernennen.

Die Wuchergesetze. III. (S. Nr. 75.)

Das Gutachten des landwirthschaftlichen Vereins des Camminer Kreises steht in der gestrigen erwähnten Anschauung, — nach welcher die Aufhebung der gesetzlichen Zinsbeschränkungen so lange nachtheilig sein soll, als nicht das Bankwesen und überhaupt der Credit aller seiner sonstigen Fesseln entledigt sei — vollständig vereinzelt da, freilich nicht etwa, weil seine Schlussfolgerung von den anderen Vereinen, welche gleichfalls gegen die Aufhebung der Wuchergesetze sich erklärt haben, bestritten würde, sondern weil diese Vereine überhaupt nicht darauf gekommen sind, sich mit der Frage in ihren allgemeineren Beziehungen zu befassen. Sie fragen nur: wie wird es uns und unserer Standesgenossen ergehen, wenn der gewohnte „Schutz“ gegen einen hohen Zinsfuß fortfällt? Doch, der Camminer Verein scheint hinterher gleichfalls diesen Standpunkt als den allein richtigen erkannt zu haben. „Man wies darauf hin“, heißt es in dem uns über die Verhandlung zugegangenen Bericht, „wer sich mit den Anträgen auf Beseitigung der gesetzlichen Zinsbeschränkungen beschäftigt? ob wirklich solche, die hypothekarischen Credit suchen, oder ob die Frage von der Gewinnsucht des Geldgewerbes ausgeht, unterstützt, von der grauen Theorie der Schule der National-Deconomie? Da letzteres erwiesen der Fall ist.“ Und hiermit, glauben wir, hat der Camminer Verein so recht aus dem Herzen aller seiner Meinungsgenossen unter den ländlichen Grundbesitzern gesprochen. Weshalb erklären sich die Kaufleute für die Freigebung des Zinsfußes auch für Nichtkaufleute? Kann das einen anderen Grund haben, als daß sie dann die ländlichen Grundbesitzer so recht nach Herzenslust schröpfen wollen? Und daß ihnen die National-Deconomie Recht giebt, ja daß diese die allgemeine Freiheit des Zinsfußes schon lange von den Kaufleuten gefordert hat, beweist nur aufs Neue, daß das meiste Unheil von den Theoretikern und zumal von den National-Deconomen herkommt!

Beiläufig: so sehen wir einen Verein von politisch streng „conservativen“ Grundbesitzern in schönster Eintracht mit dem liberalen Oberbürgermeister von Danzig — in Eintracht, nicht in ihren praktischen Bestrebungen — denn höchst wahrscheinlich ist der Herr Oberbürgermeister kein Anhänger der Wuchergesetze — sondern in ihrem theoretischen Vorurtheil!

Doch bleiben wir bei den Kaufleuten und ihren Motiven. Selten ist eine unbegründete Verdächtigung gegen sie ausgesprochen, als die obige. Genügt ist das „Geldgewerbe“ auf möglichst hohen „Gewinn“ bedacht, und zwar zum Glück aller Theile der Gesellschaft, weil darin allein die Garantie liegt, daß die Capitalien immer dorthin strömen, wo sie für die Gesamtheit am productivsten sind — während gewiß eine stets wachsende Verarmung die Folge sein würde, wenn umgekehrt das „Geldgewerbe“ den Großmüthigen spielen und dem Verschwendler zu denselben Zinsen leihen wollte wie dem fleißigen Producenten. Aber, ist es schon eine auf Unkenntniß der tatsächlichen Verhältnisse beruhende Voraussetzung, daß das „Geldgewerbe“ am liebsten dorthin seine Thätigkeit richtet, wo wegen der Größe der Gefahr die höchsten Zinsen gezahlt werden müssen, so ist vollends die Annahme aus der Luft gegriffen, als wenn diejenigen Kaufleute, welche sich aufrichtig für die allgemeine Aufhebung der Wucher-Gesetze interessieren, dies in der Erwartung thäten, nach Erreichung dieses Zieles ganz ungenirt wucherische Zinsen, speciell von den Landleuten, nehmen zu können. Umekehrt: die „Wucherer“ sind die Gegner der Aufhebung der Wucher-Gesetze, nur daß sie sich natürlich scheuen dies jemals offen auszusprechen.

Mangel an Selbstvertrauen — das ist das psychologische Motiv der von einem Theile der ländlichen Grundbesitzer noch immer gegen die Aufhebung der Wuchergesetze aufrecht erhaltene Opposition. Recht bestimmt spricht sich dies aus in der von dem landwirthschaftlichen Verein der Kreise Stolp, Schlawe und Rummelsburg aufgestellten Forderung: „der Staat habe die Verpflichtung, den isolirten Grundbesitz durch das Gesetz zu schützen gegen das sich leicht associirende Capital, welches schon so ausgedehnte Freiheiten in finanzieller Beziehung genießt.“ Also das Capital ist nicht bloß, nach Behauptung der Socialisten, der Feind der Arbeiter, sondern auch der Feind des Grundbesitzers! Und nichts desto weniger läuft alles Streben der Grundbesitzer, wie der Arbeiter und derer welche die Letzteren von Staatswegen beglücken wollen, darauf hinaus, möglichst viel Capital für den Grundbesitz resp. für die Arbeiter disponibel zu machen? — Aber, was hilft die Logik gegen die Gespensterfurcht!

Deutschland.

Berlin, 15. Februar. Wie die „Spen. Ztg.“ erfährt, entbehrt die Nachricht der „Bresl. Ztg.“ dem früheren Justiz-Minister v. Bernuth sei von Sr. Maj. dem Könige eine Audienz in der Angelegenheit des Ober-Tribunals-Beschlusses gewährt worden, jeder Begründung.

Wie verlautet, arbeitet Sr. H. der Kronprinz an einer „Geschichte des großen Kurfürsten“ (Spen. Ztg.)

Aus Wien, vom 14. Februar, Abends, wird der „Spen. Ztg.“ telegraphirt. Die „Wiener Abendpost“ bemerkt zu dem Artikel der „Hamb. Nachr.“ über Preußens Project einer Personal-Union, daß so lange der Gasteiner Vertrag zu Recht besteht, solche einseitige Auffassung ohne des zweiten Mitbesitzers Zustimmung keine practische Bedeutung haben kann.

Die „Klensb. Nordb. Ztg.“ schreibt: Man hat behaupten wollen, daß die gegenwärtige Phase der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit, namentlich die Erklärung des Ministerspräsidenten über die Personal-Union nur eine Art privater, also nicht officieller Erklärung über seine Politik enthalte. Wie wir aus guter Quelle vernehmen, hat aber der Minister-Präsident in dieser Beziehung die Anschauungen des Staatsoberhauptes vollständig genau wiedergegeben. Es giebt und man

will nur noch zwei Lösungen: Personal-Union oder Real-Union. Ueber den Gedanken aber, den die Regierung mit der sogenannten Personal-Union verbindet, geht uns eine Auslegung zu, die wir als authentisch bezeichnen können. (Die nun folgende Erklärung stimmt durchaus, und fast bis auf die gewählten Worte überein mit dem in Nr. 53 abgedruckten Artikel der „Hamb. Nachr.“) Die „Fl. N. Z.“ bemerkt dann noch: Durch Deutschland wie durch die Herzogtümer selbst geht eine Ahnung, als ob die letzteren vor einer Erschütterung unhaltbar gewordenen Verhältnisse ständen.

Unter den Abgeordneten (schreibt man von hier dem „Frank. Journ.“) sind die Beamten, welche der Resolution Hoyerbed zugestimmt haben, darauf gefaßt, daß sie nach Schluß der Session zur Disposition gestellt werden. Man nimmt allgemein an, es werde nicht ein gewöhnliches, sondern ein disciplinär-gerichtliches Verfahren gegen sie eingeleitet werden, das mit Suspension vom Amt anhebt. Nach der „Berl. Börsen-Zeitung“ ist speciell das Gerücht sehr verbreitet, gegen den Ober-Tribunals-Rath Waldeck, den Appellations-Gerichts-Präsidenten Simon und den Stadt-Gerichts-Rath Twesten werde die Disciplinär-Untersuchung eröffnet werden.

Der „Patriotische Verein“ zu Königsberg hat so eben eine Petition an den Minister des Innern, Grafen zu Culenburg erlassen, die die „Ostpr. Ztg.“ und officiell „Anzeigerblatt“ mittheilt. Zunächst wird das gegenwärtige Abgeordnetenhaus in der gewöhnlichen Sprachweise der „Patriotischen“ getadelt. Ein solches dürfe nicht mehr zusammenkommen. Leider aber kann sich der patriotische Verein „nicht der Hoffnung hingeben, daß schon die nächsten Wahlen ein Abgeordnetenhaus schaffen werden, das eins ist mit der gegenwärtigen Staatsregierung.“

„Die politische Indolenz der großen Masse der Bevölkerung, das volle Vertrauen auf die Festigkeit der königlichen Staatsregierung und dann auch der Widerwille gegen alles politische Treiben, von welchem ein großer und gerade sehr treuer Theil der Unterthanen Seiner Majestät des Königs erfüllt ist, wird voraussichtlich auch bei den nächsten Wahlen eine stärkere Vertretung der conservativen Partei verhindern.“ Und dennoch ist dieselbe so notwendig, daß selbst der formelle Rechtsbruch (!) nicht zu scheuen wäre, da eben das Heil des Staates auf dem Spiele steht.“ „Aber“ — heißt es in der Petition weiter — „bevor dieses äußerste Mittel in Anwendung gebracht wird, muß noch der Versuch gemacht werden, durch Maßnahmen, die sich innerhalb der Grenzen der Verfassung halten, eine bessere Volksvertretung zu erzielen.“ Dies würde erzielt werden „durch eine derartige Abänderung der Wahlen, nach welcher ein jeder einzelne Wähler seine Stimme nicht mehr in einer öffentlichen Bezirksversammlung, sondern in seiner Wohnung vor einer dem §. 20 der Wahlverordnung vom 30. Mai 1849 entsprechenden Commission zu Protocoll zu erklären hätte.“

Die von dem Abg. Birchow in der Budgetcommission gestellten bereits kurz erwähnten Anträge sollten angeblich vorerst nicht veröffentlicht werden. Doch werden sie jetzt von verschiedenen Blättern mitgetheilt. Sie lauten:

I. In Beziehung auf die verfassungsmäßige Budget-Behandlung: 1) die königliche Staatsregierung wird aufgefordert, in Zukunft den Entwurf des Gesetzes über den Staatshaushalts-Etat so rechtzeitig und zwar spätestens bis zum 1. Septbr. des Vorjahres dem Landtag vorzulegen, daß das Staatsgesetz vor dem Beginn des betreffenden Etatsjahres festgestellt und veröffentlicht sein kann; jede Vorlage der Art im Laufe des Etatsjahres mißbräuchlich den Bestimmungen des Artikels 99; 2) die königliche Staatsregierung ist durch den Verfassungseid verpflichtet, alljährlich vor dem Beginn des Etatsjahres das Staatsgesetz mit dem Landtage zu vereinbaren. Sie ist verantwortlich dafür, daß das verfassungsmäßige Staatsgesetz zu Stande komme; 3) die königliche Staatsregierung macht sich des Verbrechens der Verfassungsverletzung (Art. 61) schuldig, wenn sie die Staatsentnahmen bezieht und für die Staatsausgaben verwendet, ohne daß sie durch ein verfassungsmäßiges zu Stande gekommenes Staatsgesetz dazu ermächtigt ist; jeder Verbruch durch eine anderweitige Feststellung, Nachweisung oder Verordnung, die sie veröffentlicht oder nicht veröffentlicht, auf Anregung des Herrenhauses erfolgt oder nicht, eine Verfassungswidrigkeit zu schaffen, ist nach Art. 62, 99, 100 und 104 der Verfassung ungesetzlich und verfassungswidrig; 4) die königliche Staatsregierung ist nicht befugt, über die Gelder des Staatsschatzes zu verfügen, ohne durch beide Häuser des Landtags dazu ermächtigt zu sein; 5) die königliche Staatsregierung kann ihrer verfassungsmäßigen Pflicht, die allgemeine Rechnung jeden Jahres mit den Bemerkungen der Oberrechnungskammer zur Entlastung der Staatsregierung dem Landtag vorzulegen (Art. 104), nicht dadurch genügen, daß sie eine Uebersicht über eigenmächtig erhobene und verausgabte Staatsgelder vorlegt; die Oberrechnungskammer, deren Einrichtungen und Befugnisse immer noch nicht durch das von der Verfassung vorgeschriebene Gesetz bestimmt sind, ist auch nach der Instruction vom 18. December 1824 nicht befugt, eine solche Uebersicht an Stelle des Staatshaushalts-Etats der Rechnungslegung und den Bemerkungen zu Grunde zu legen; 6) die Verantwortlichkeit der Minister in Beziehung auf das Staatsgesetz ist eine doppelte: a. eine civilrechtliche, insofern sie mit ihrem Vermögen und ihrer Person für diejenigen Summen haften, welche sie außeretatsmäßig oder ohne Staatsgesetz verausgabt haben und für welche ihnen durch nachträgliche Genehmigung der beiden Häuser des Landtages die Entlastung nicht zu Theil wird (Art. 104); b. eine strafrechtliche, insofern sie sich durch eigenmächtige Verwaltung ohne Staatsgesetz des Verbrechens der Verfassungsverletzung schuldig machen (Art. 61).

II. In Beziehung auf den Inhalt, den die Factoren der Gesetzgebenden Gewalt an der Feststellung des Staatsgesetzes haben: 1) der König läßt durch das Staats-Ministerium den Entwurf des Staatsgesetzes feststellen und dem Abgeordnetenhaus vorlegen. Er bezieht die Zustimmung des Gesetzes, nachdem es die Zustimmung beider Häuser des Landtages erhalten hat, und erläßt die zu seiner Ausführung nötigen Verordnungen (Art. 45); das Haus der Abgeordneten besitzt das verfassungsmäßige Vorrecht, daß ihm der Entwurf des Staatsgesetzes zuerst vorgelegt werden muß, und daß es denselben in seinen einzelnen Ansätzen nach seinem pflichtmäßigen Ermessen ändern kann (Art. 62); 2) das Herrenhaus darf nur den vom Abgeordnetenhaus angenommenen, sei es geänderten, sei es ungeänderten Staats-Entwurf seiner Verathung unterziehen und ihn im Ganzen annehmen oder ablehnen (Art. 62.); die Verathung eines anderen Staats-Entwurfes durch das Herrenhaus ist verfassungswidrig, und jeder dahingehende Beschluß null und nichtig; 4) die königliche Staats-Regierung hat daher die Pflicht, mit dem Abgeordnetenhaus den Staats-Entwurf zu vereinbaren und seine Annahme im Herrenhaus zu vertreten; lehnt das Herrenhaus einen solchen Entwurf ab,

so hat die königliche Staats-Regierung die Pflicht, rechtzeitig in verfassungsmäßiger Weise Vorjorge zu treffen, daß durch eine Aenderung in der Zusammensetzung des Herrenhauses die Möglichkeit der Annahme eines neu zu verathenden Entwurfs gesichert werde; 5) gelingt die Vereinbarung des Staats-Gesetzes mit dem Abgeordnetenhaus nicht, so hat die Regierung drei verfassungsmäßige Möglichkeiten: a. die Zurückziehung und Umarbeitung des Staats-Entwurfs, b. die Auflösung und Neuwahl des Abgeordnetenhauses, c. die Aenderung des Ministeriums; 6) es ist die Pflicht des Ministeriums, ein von beiden Häusern des Landtages angenommenes Staats-Gesetz dem Könige zur Vollziehung vorzulegen und bei demselben zu vertreten. III. In Beziehung auf den Staats-Entwurf für 1866: 1) Der Staatsentwurf für 1866 enthält keine staatswirthschaftlich richtige Vertheilung der Ausgaben auf die einzelnen Verwaltungen; 2) der Militär-Etat bedarf einer wesentlichen Umgestaltung und Ermäßigung; 3) für productives Zriede, Stromregulirungen, Wegebauten, Landes-Meliorationen, für Unterricht und Wissenschaft, bezüglichen für Verbesserung der Gehalte der Lehrer, der Subaltern- und Unterbeamten, wie auch des Soldes der Unteroffiziere und Gemeinen in der Armee sind größere Summen als bisher zu verwenden; 4) der gegenwärtige Zeitpunkt ist geeignet, eine Reform und Ermäßigung drückender oder zweckwidrig angelegter Staatslasten, namentlich der Gerichtskosten, des Briefpostes und des Salzmonopols in Angriff zu nehmen; 5) die Gebäudesteuer ist, namentlich auch in den Städten, zu ermäßigen und auf den ursprünglich veranschlagten Betrag von 2,843,260 Rg. jährlich gesetzlich festzustellen; 6) es ist eine gesetzliche Umwandlung der Classen- und Einkommensteuer dahin vorzunehmen, daß die Anzahl der Monatsraten, welche zur Dedung des Bedarfs zu erheben sind, innerhalb des gesetzlichen Maximums von 12 Monatsraten, welche zur Dedung des Bedarfs zu erheben sind, innerhalb des gesetzlichen Maximums von 12 Monatsraten jährlich durch das Staatsgesetz festgestellt wird; 7) die königliche Staatsregierung wird aufgefordert, schon bei der gegenwärtigen Staatsberatung Abänderungsvorschläge im Sinne der unter A. I.-III. aufgestellten Gesichtspunkte vorzulegen.“ (Diese letzten sieben Sätze entsprechen den im vorigen Jahre am Schlusse des Generalberichts über das Budget aufgestellten.)

Den gestrigen Verhandlungen der Budgetcommission entnehmen wir Folgendes:

Die Commission genehmigte den Etat der Münze, ohne irgend eine seiner Positionen zu verändern. Längere Erörterungen rief der Etat der Staatsdruckerei hervor, welche die Regierung nicht mehr wie bisher von der Verwaltung der Staatsschulden, sondern unmittelbar vom Finanzministerium ressortiren lassen will. Zweck dieser Veränderung ist nicht das notwendige und natürliche Verhältniß zwischen Staatsdruckerei, welche die Wertheichen des Staates herstellt und Staatsschuldenverwaltung, welche ihre Herstellung zu übernehmen hat, aufzugeben, sondern die geschäftliche Correspondenz der Staatsdruckerei für alle sonstigen Aufträge, die ihr zugehen, (z. B. für den Druck von Obligationen, welche von Corporationen emittirt werden) zu vereinfachen, indem für diese letzteren in Zukunft der Umweg über die Direction der Staatsschulden-Verwaltung wegfällt und erpart werden soll. In diesem Sinne äußert sich auch der Regierungskommissar Geh. Oberfinanzrath Mölle nämlich dahin, daß die auf den gesetzlichen Bestimmungen vom Jahre 1822 beruhende Controle über die Ausfertigung von Wertheichen des Staates nach wie vor der Verwaltung der Staatsschulden verbleiben solle. In der Commission wurde geltend gemacht, daß eine Aenderung dieses Verhältnisses, etwa Uebertragung auf den Finanzminister, nicht ausreichte, vielmehr die volle Verantwortlichkeit für die Ausgabe von Wertheichen der Verwaltung der Staatsschulden verbleiben müsse. — Ein Antrag: „Die Veränderung der Ressortverhältnisse der Staatsdruckerei steht nicht im Einklang mit dem Gesetz vom 24. Februar 1850 und kann ohne gesetzliche Regulirung nicht vorgenommen werden.“ — wurde abgelehnt. — Ein zweiter Antrag, den Etat der Staatsdruckerei nicht als besonderen Etat zu behandeln, wurde mit 15 gegen 11 Stimmen angenommen, später aber zurückgezogen, um durch eine entsprechende Resolution ersetzt zu werden. Diese Resolution wurde schließlich jedoch verworfen und dagegen die von der Regierung beantragte Ressort-Veränderung mit großer Majorität angenommen. Alle übrigen Anträge und Mehrforderungen für einzelne Beamte wurden ohne Debatte bewilligt. In derselben Weise wurde der Etat der Einnahmen und Ausgaben der allgemeinen Rentenverwaltung erledigt. — Daran knüpfte sich eine Verathung über die rückständige Position aus dem Etat der Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung, betreffend die Ablösung des Berg-Regals in der Herrschaft Broich: die betreffende Position von 120,000 Rg. wurde unter den extraordinären Ausgaben genehmigt. — Heute wird die Budget-Commission mit der Verlesung des Birchow'schen Vorberichtes fortfahren und alsdann zur Verathung des Etats des Ministeriums des Innern übergehen.

Die Commission für Handel und Gewerbe beschäftigte sich gestern mit Petitionsberathungen. Zunächst wurde der Bericht über die Petition, die Post-Reform betreffend, festgestellt. Ferner fand eine lebhafte Erörterung über eine Petition Berliner Buchdrucker gegen den Geschäftsbetrieb der Staatsdruckerei und die daraus erwachsende Concurrenz für Privatgewerbetreibende statt. Der Beschluß über diese Petition wurde vertagt, um tatsächliche Verhältnisse festzustellen. Die Petition des Schlesischen Central-Gewerbe-Vereins, betreffend die Oederregulirung, wurde der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Referent ist der Abg. Hoffmann (Dhlau). Der antwortende Regierungs-Commissar sprach sich dahin aus, daß der Staat bereits bedeutende Mittel auf die Regulirung des Jahstwasser's verwendet und damit ganz erfreuliche Resultate erzielt habe. So sei die Ober im Regierungsbezirk Döppeln fast ganz in schiffahrtsmäßigem Zustande und die Staatsregierung werde nach wie vor der Ober-Regulirung ihre Aufmerksamkeit und die dazu disponiblen Mittel zuwenden, und sei auch mit der Frage beschäftigt, ob dieselben nicht künftig einer besonderen Strombau-Direction in die Hände zu legen sei.

Die Commission für den Antrag des Abg. Dr. Becker (Köln-Mindener Eisenbahn betr.), hat gestern den Bericht, den der Referent Abg. Lasker verfaßt hat, festgestellt in Gegenwart derselben Regierungs-Commissare (Geh. Rath v. Weber, v. Wolff und Assessor Hoffmann), die den früheren Sitzungen beiwohnten. Alsdann beriet dieselbe Commission den Antrag der Abgg. Dr. Hammacher und Cornely, in Betreff dessen der Abg. Lasker beantragte: Das Haus wolle beschließen zu erklären: „1) die Verordnung vom 27. Juni 1864, betreffend die Genehmigung der mit der Bergisch-Märkischen Eisenbahngesellschaft abgeschlossenen Verträge wegen käuflicher Uebertragung der Aachen-Düsseldorfer und Ruhrort-Crefelder Eisenbahn ist verfassungswidrig und darum rechtungsgültig. 2) Der zwischen der königlichen Staats-Regierung und der Bergisch-Märkischen Eisenbahngesellschaft abgeschlossene Vertrag vom 17. Mai 1864 ist bis zur erteilten Genehmigung des Landtages für den Staat unverbindlich. An der Debatte über diese Anträge beteiligten sich die Abgg. Kloss, Dr. Hammacher und

Kasfer. Es wurde u. A. geltend gemacht, daß bei dem ersten Vertrage (Linea 1 des Antrages) der Staat nicht nur, wie bei dem mit der Köln-Mindener Gesellschaft geschlossenen der Fall sei, verkauft, sondern auch ohne Genehmigung der Landesvertretung Eisenbahnen gekauft, also Verpflichtungen übernommen und das Recht auf Superdividenden aufgegeben habe. Von den Vertretern der Regierung wurde das Recht derselben zu kaufen und verkaufen vertreten, wenn nur der Staatskasse daraus keine Verpflichtungen erwachsen. Abg. Hammacher bezeichnete den Vertrag als eine Simulation, um die Genehmigung des Landtags als überflüssig erscheinen zu lassen. Eine längere Debatte erregte die Frage, ob die Aachen-Düsseldorf-Ruhrorter Eisenbahngesellschaft in der That rechtsgültig aus der Welt geschafft sei und ob nicht eventuell angenommen werden müsse, daß der Fiskus das Recht auf den Bezug der Superdividenden behalten habe, wenn der Staat nicht als solcher das Eigenthum dieser Bahn, sondern vielmehr nur die Actien einer Actiengesellschaft erworben und weiter übertragen habe. — Die A. Nr. 12 des Abg. Kasfer wurden einstimmig angenommen und derselbe zum Referenten für das Plenum ernannt.

Endlich ist gestern mit dem „Staats-Anzeiger“ die letzte Nummer der Zeitschrift des königlichen statistischen Bureaus vom Jahre 1865 (Nr. 12) ausgegeben. Dr. Engel giebt darüber folgende Erklärung ab: „Was den Titel der Zeitschrift ausgesprochenen amtlichen Character derselben anlangt, so ist dieser, wie das auch schon im Programm zur ersten Nummer (October 1860) betont wurde, nicht so zu verstehen, als ob das königliche statistische Bureau als solches die Verantwortlichkeit für jedes Wort oder jede Zahl der Zeitschrift übernehmen müßte, sondern nur so, daß die besonders (mit einem Adler) bezeichneten oder vom statistischen Bureau direct ausgehenden Artikel den officiellen Character an sich tragen, während die übrigen nur als der Ausdruck der freien wissenschaftlichen oder sonstigen Ueberzeugung ihrer Verfasser anzusehen sind. Und da es eine amtliche oder officielle Wissenschaft nicht giebt, so ist die eben ausgesprochene Verwahrung zwar schon etwas Selbstverständliches; indeß es sei, um leicht möglichen Mißverständnissen vorzubeugen, doch an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen. Die allgemeine Verantwortlichkeit für den Inhalt der Zeitschrift trägt die Redaction persönlich.“

Köln, 14. Februar. Wie bereits erwähnt ist, hatten sich der Stadtverordnete Classen-Rappmann hier selbst und die verantwortlichen Redactoren der „Kölnischen Zeitung“ und der „Kölnischen Blätter“ am 7. d. M. vor dem hiesigen Justizpolizeigerichte zu verantworten. — Der erstgenannte wegen der Beschuldigung: a. durch das in Nr. 200 der „Kölnischen Zeitung“ vom 21. Juli 1865 enthaltene Inserat d. d. Köln, 20. Juli 1865, vor Eingang der erforderlichen Erlaubniß zu einem öffentlichen Aufzuge auf einer öffentlichen Straße aufgefordert zu haben; b. in der Zeit von Mitte Juni bis 20. Juli 1865 zu einem öffentlichen Aufzuge auf öffentlicher Straße vor Eingang der polizeilichen Erlaubniß aufgefordert zu haben; der verantwortliche Redacteur der „Kölnischen Zeitung“ wegen Beschuldigung: a. das vorgeblich Inserat vom 20. Juli 1865 veröffentlicht zu haben; b. durch das in Nr. 200 der „Kölnischen Zeitung“ vom 21. Juli 1865 enthaltene, an den königlichen Polizeipräsidenten Geiger gerichtete Schreiben d. d. Köln, 19. Juli 1865, beginnend mit den Worten: „Auf die uns heute gemordene Zustellung“, und endigend: „das Rechte und Gute gewollt und gethan zu haben“, den königlichen Polizeipräsidenten Geiger in Beziehung auf seinen Verus beleidigt zu haben. Diese letztere Beschuldigung war auch gegen den Redacteur der „Köln. Blätter“ erhoben. Das in der heutigen Sitzung des Justizpolizeigerichts publicirte Urtheil lautet zu Gunsten sämmtlicher Beschuldigten freisprechen. Was die incriminirte Aufforderung zu einem öffentlichen Aufzuge auf öffentlicher Straße (d. h. im vorliegenden Falle auf dem Rheine) und die Veröffentlichung des hierauf bezüglichen Inserats anbelangt, so erwog der Richter, daß der Rhein als eine öffentliche Straße im Sinne der §§. 10 und 17 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 nicht zu betrachten sei. Was den Inhalt und die Veröffentlichung des oben angeführten Schreibens vom 19. Juli v. J. betrifft, so erwog der Richter, daß der Inhalt desselben allerdings eine Beleidigung des Polizeipräsidenten Geiger darstelle, daß aber eine Befragung dieserhalb nicht einzutreten habe, weil nicht nachgewiesen sei, daß die Veröffentlichung, resp. die Verbreitung des Schreibens stattgefunden habe (§. 32 und §. 33 des Preßgesetzes), weshalb der Richter sich darauf beschränkte, auf die Vernichtung der betreffenden, seiner Zeit in Beschlag genommenen Zeitungs-Exemplare zu erkennen.

Frankfurt a. M., 12. Februar. Das „Frankf. Journ.“ schreibt: „Auf Veranlassung der kurfürstlichen Polizei-Direction zu Hanau hat die dortige Staatsprocuratur gegen Herrn W. Jungermann, den ersten Redacteur unseres Blattes, Anklage erhoben wegen dessen Eigenschaft als Mitglied des Deutschen National-Vereins, bezw. des Ausschusses dieses Vereins. Herr Jungermann hatte heute in der Sache vor dem Justizamte zu Bodenheim, welches mit der Instruction beauftragt ist, ein erstes Verhör zu bestehen, und bestritt dem Vernehmen nach die bezüglichen tatsächlichen Verhältnisse nicht, wohl aber die Rechtsgültigkeit der betreffenden Verordnung vom 19. December 1854. Die Verhandlung der Sache selbst wird vor dem Criminalsenate des Obergerichtes zu Hanau stattfinden.“

Wien, 12. Februar. Der Artikel der „Wiener Abendpost“ über den Ungarischen Abreßentwurf hat in Pesth einen höchst ungünstigen Eindruck gemacht. Man behauptet mit Bestimmtheit, daß die Ungarischen Staatsmänner davon nichts gewußt haben, was freilich als ein Beweis anzusehen wäre, daß die Differenzen im Schooße des Cabinets bereits eine akuten Character anzunehmen beginnen. Die Officiösen haben bis jetzt auf das Bestimmteste geantwortet, daß solche Differenzen existiren, es wird sich aber binnen kurzem zeigen, daß diejenigen Recht hatten, welche gleich Anfangs behauptet hatten, daß ein Zusammengehen der dualistischen und föderalistischen Staatsmänner auf die Dauer eine Unmöglichkeit ist. Der Einfluß des Grafen Esterhazy ist noch immer der maßgebende, und der Kaiser soll erklärt haben, daß ein Ausgleich um jeden Preis zu Stande kommen müsse, er wolle nicht umsonst nach Pesth gekommen sein. Diese Gewichtigkeit muß man übrigens den Ungarischen Magnaten zu Theil werden lassen, daß sie die Verhältnisse außerordentlich geschickt zu benutzen wissen. So erzählt man sich, daß Graf G. Andrássy bei der Hofstafel und zwar nachdem er zuvor mit dem Grafen Esterhazy konferirt hatte, dem Kaiser erklärte, Ungarn würde einen etwaigen Conflict mit Preußen jedenfalls als eine gemeinsame Angelegenheit betrachten und dem Kaiser Gut und Blut zur Verfügung stellen. Auf den Kaiser scheint diese Aeußerung einen guten Eindruck gemacht zu haben, wenigstens wird berichtet, daß er sich unmittelbar darauf dem Hofkanzler von Mailath gegenüber sehr lobend über diese Aeußerung ausgesprochen und gesagt habe, er sei überzeugt, in der Stunde der Gefahr auf Ungarn rechnen zu können. Daß der Kaiser seinen Aufenthalt in Pesth verlängert, hat in den hiesigen Regierungskreisen unangenehm berührt, da man darin einen neuen Beweis erblickt, daß der Dualismus — die Ungarischen Staatsmänner bezeichnen ihn übrigens vorerst nur als einen „gemäßigten“ — immer mehr Chancen gewinnt. — Die Dester-

reichische Note, in welcher der Satz aufgestellt ist, daß sich Preußen in die Verwaltung Holsteins nicht zu mischen habe, dürfte heute oder morgen in Berlin übergeben werden. Preussischer Seite wird man wohl die Erwiderung nicht schuldig bleiben, und ist man auf diese sehr gespannt. (Nat.-Ztg.)

Wien, 13. Februar. Der mehrerwähnte Artikel der „Wiener Abendpost“ über den Abreßentwurf wird von allen besten Blättern einer einmüthigen Kritik unterworfen, daß die Inspiratoren des halbamtlichen Blattes sofort und zwar in höchst kläglich Weise den Rückzug angetreten haben; sie behaupten nämlich mißverstanden worden zu sein, wenn man die Stelle, wo sie die Forderungen nach einem eigenen verantwortlichen Ministerium und nach der Wiederherstellung der Municipien“ als „unerreichbar“ bezeichneten, dahin deute, als hätten sie nicht die Gleichzeitigkeit dieser Postulate betont, sondern disjunctiv weder das eine noch das andere als ausführbar dahingestellt.

Dem „Besther Lobd“ geht aus einer Quelle, welche er für authentisch hält, die Mittheilung zu, daß der Reichsconvent in Ungarn in allen Punkten Genüge geleistet werden wird. Selbst der wesentlichste Theil der Forderungen dürfte zu den erreichbaren Dingen gehören. Nach Entgegennahme der Adresse werde der Landtag aufgefordert werden, alle darin bezeichneten Beratungen über die Lösung der Verfassungsfragen fortzusetzen und die bezüglichen Gesetzentwürfe vorzubereiten. Da jedoch nur der gekrönte König Gesetze sanctioniren kann, werde Se. Majestät für den Act der Krönung und die Sanctionirung der Gesetze ein Ungarisches Ministerium ad hoc ernennen, vielleicht nur den Minister-Präsidenten und den Minister des Innern, denen die Contrasignirung der Gesetzentwürfe zusteht. Das Schicksal des Ministeriums nach der Sanctionirung der die Regelung der staatsrechtlichen Verhältnisse bezweckenden und zu vereinbarenden Gesetze hänge von diesen Vereinbarungen zwischen Krone und Landtag ab.

Florenz. Die vom General Lamarmora unterm 6. Februar an den Italienischen Gesandten zu Madrid, Marchese Tagliacarne, gerichtete (bereits zu verschiedenen Malen erwähnte) Depesche, in welcher die Schritte, die die Spanische Regierung in Bezug auf die Römische Frage in Paris gemacht hat, einer scharfen Kritik unterzogen werden, ist bereits von der „Gazzetta ufficiale“ und zwar in französischer Sprache veröffentlicht worden. Ihr Inhalt ist folgender: Lamarmora beruft sich zunächst im Eingang auf seine frühere, der Spanischen Regierung abdrücklich mitgetheilte Depesche an Baron Cavallini (den früheren Italienischen Geschäftsträger in Madrid), worin er erklärt habe, „die Italienische Regierung werde den katholischen Mächten das Recht nicht zu, von ihr Ausschüsse im Namen der religiösen Interessen zu verlangen, da diese nicht in Frage ständen; die Situation, welche durch den September-Vertrag, so wie durch die Fragen, die bei dessen Auslegung und Ausführung zur Sprache kämen, geschaffen worden, gehe, außer Italien und Frankreich, keine andere Macht an.“ Am 12. Juli v. J. habe hierauf Bermudez de Castro der Italienischen Regierung notificirt, die Regierung der Königin Isabella acceptire obige Erklärung und sei mit derselben zufrieden und der Ministerpräsident Marshall D'Onnell „wolle ausdrücklich dem Italienischen Geschäftsträger dies bestätigen.“ Nach diesen gegenseitigen Aufklärungen seien dann die geordneten Beziehungen beider Regierungen definitiv wieder hergestellt worden. Die Depesche fährt darauf also fort:

„Wir waren also zu dem Glauben berechtigt, daß die Spanische Regierung sich jeder Einmischung in politische und territoriale Fragen enthalten würde, welche sie selbst als ihr fremd anerkannt hätte. Mit Staunen constatire ich heute, nachdem ich die diplomatischen Actenstücke gelesen, welche die Madrider Regierung so eben selbst veröffentlicht hat, daß dieselbe in Bezug auf die Römischen Angelegenheiten Schritte thun zu können geglaubt hat, welche mit den erwähnten Erklärungen nicht im Einklange erscheinen. Wie es mir nach der letzten, den Spanischen Kammern vorgelegten Sammlung von Actenstücken scheint, hat die Regierung Ihrer Majestät der Königin verlangt, daß die Französische Regierung ihr die Garantie gebe, daß die zeitliche Gewalt des Römischen Papstes, selbst gegen die Folgen ihrer eigenen Handlungen und ohne dem Willen der Römischen Bevölkerung Rechnung zu tragen, nur alle Fälle gesichert wäre; die Regierung und die Agenten Ihrer Majestät der Königin behaupten, daß alle katholischen Mächte als solche das Recht und die Pflicht haben, im Hinblick auf die politischen Veränderungen, welche sich nach dem Abzug der Französischen Truppen auf dem Römischen Gebiet ereignen könnten, ihre Maßregeln zu ergreifen und handelnd einzutreten. Da der Vorkaus der Königin zu Paris geglaubt hat, daß Frankreich die Intervention anderer Mächte in der Römischen Frage zulassen und sich insbesondere mit Spanien zum Saug der zeitlichen Gewalt des heiligen Stuhles in Einvernehmen setzen könnte, so macht Sr. Excellenz Bermudez de Castro es ihm zur Pflicht, sich sobald als möglich an den Entscheidungen zu betheiligen, welche in dieser Hinsicht getroffen werden könnten; endlich glaubt die Spanische Regierung, Worte, welche im Schooße des gelegenden Körpers Frankreichs ausgesprochen worden, so auszuliegen, als wenn dieselben von Seiten der Kaiserlichen Regierung eine gegen die katholischen Mächte eingegangene Verpflichtung und für diese letztere ein wohlworbene Recht, hat dessen die Römische Frage unter gewissen, von der Convention nicht vorhergesehenen Eventualitäten und trotz vollständiger Erfüllung derselben von Seiten Italiens eine Europäische Frage werde und unter die Competenz des gesammten Katholicismus fallen würde.“

Ich überlasse Sr. Excellenz Bermudez de Castro die Sorge, falls er, wie ich voraussetzen zu müssen glaube, dies zu thun für angemessen hält, näher zu entwickeln, durch welches Band diese Haltung der Spanischen Regierung sich mit den Erklärungen verknüpfen läßt, welche die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten begleitet haben. Ich halte übrigens es meinerseits nach wie vor für unzeitgemäß, mich im Voraus über Eventualitäten zu äußern, welche zwischen Ihren Excellenzen dem Spanischen Vorkausier zu Paris und Herrn Drouyn de Lhuys Gegenstand resultatlos gebliebener Unterredungen gewesen sind, in die wir uns nicht hineinmischen haben. Ich kann indessen nicht umhin, mich im Princip über die Schritte der Regierung Ihrer Majestät der Königin auszusprechen, welche soeben eine officielle Notorität erlangt haben, denn sie sind von einer Doctrin eingegeben, welche die Negation unseres eigenen öffentlichen Rechtes ist, und welcher zufolge das Gebiet und die Bevölkerung Roms von einer Art Besitzthum todtler Hand zum Besten des Katholicismus betrogen worden, und sie zielen dahin, einer Probe vorzugreifen, deren Ergebnis von der Römischen Bevölkerung selber abhängen muß. Ich muß Sie also, Herr Minister ersuchen, Sr. Excellenz Bermudez de Castro zu erinnern, daß, wenn auch die Convention vom 15. September 1864, die im Uebrigen dem Princip der Nicht-Intervention huldigt, die Anwendung dieses Princips auf das Römische Gebiet bestimmten Bedingungen unterworfen hat, diese Bedingungen ausschließlich Frankreich und uns betreffen: Sie werden erklären, daß demgemäß für die andern Mächte ihre Nicht-Intervention in den politischen Angelegenheiten Roms das klare und einfache Princip bleibt, nach welchem sich unumwandelbar die Haltung Italiens regeln wird.“

Im weiteren Verlauf der Depesche erklärt Lamarmora, daß wie die Spanier, so auch die Italiener die besten Richter über die Ereignisse ihrer eigenen Geschichte wären, „wo seit Jahrhunderten die Italienischen Katholiken gelernt haben die Schäden zu beklagen, welche die Vermischung der zeitlichen und geistlichen Gewalt den Interessen des Vaterlandes und dem Ansehen der Religion zugefügt haben. Schließlich trägt Lamarmora dem Gesandten auf, gegen die Spanische Depesche vom 8. November zu protestiren, worin der Spanische Vorkausier in Rom die Hoffnung fund giebt, „die jetzt zum Königreiche Italien ge-

hörenden Provinzen könnten in der Folge wieder von demselben losgerissen werden“. Lamarmora meint, die Spanische Regierung könne die unerwünschten Grundlagen der Italienischen Einheit schlecht, wenn sie dergleichen glaube.

Frankreich. Paris, 12. Februar. In der gestrigen Sitzung des Senats kam der Abschnitt der Adresse, welcher die Römische Frage betrifft, zur Debatte. Der Staatsminister Rouher gab dabei über die Bildung einer Römischen Armee und die Vertheilung der Römischen Schuld, folgende Aufschlüsse: „Von der Bildung der Päpstlichen Armee hat Cardinal Bonaparte zu Ihnen gesprochen; er hat Ihnen gesagt, daß die Päpstliche Armee sich gefalle, sich zu erweiden, daß ihre Recrutirung betrieben werde. Zur Zeit der Entlassung Mierobes war diese Armee 7-800 Mann stark; sie erhebt sich nach und nach bis zu der von der Römischen Regierung festgesetzten Ziffer von 12,000 Mann. Die Werbungen werden in Italien, oder vielmehr in den Päpstlichen Staaten, in der Schweiz, in Belgien, in Deutschland betrieben. Was thut nun gleichzeitig die Französische Regierung? Sie wendet sich an die Päpstliche Regierung und sagt so: Wollt Ihr, daß eine Fremdenlegion unter unserm Schutze sich bilde? Wollt Ihr, daß wir ihrer Bildung vorstehen, daß die Regierung des Kaisers der Organisation der Päpstlichen Armee, deren Bestimmung ist, die Ordnung, die Sicherheit, die Souveränität des heiligen Vaters aufrecht zu erhalten, zu Hülfe komme? Wir sind bereit, Euren Wünschen zu willfahren und wir werden es uns angelegen sein lassen, das uns von Euch anzuvertrauende Mandat auszuführen. Bravo! Sehr gut! Wenn bei den Räten des heiligen Vaters sich zuerst einiges Zauberkund giebt, so bricht sich doch bald ein gerechteres Gefühl der Bedürfnisse der Regierung im Geiste des Päpstlichen Cabinets Bahn. Man giebt der Französischen Regierung das Verlangen kund, ein aus 1200 Mann bestehendes Fremden-Bataillon zu erhalten. Dieses Fremdenbataillon darf Französische Offiziere, Französische Soldaten enthalten, alle Vorkehrungen sind getroffen, daß diese Offiziere und Soldaten nicht ihre Eigenschaft als Bürger verlieren, wenn sie in den Päpstlichen Staaten Dienste nehmen wollen. Wir übernehmen es, dieses Fremdenbataillon in Antibes zu bilden und nachdem wir es orantirt haben, es auf unsere Kosten, auf Schiffen der Kaiserlichen Marine nach Civita Vecchia überzuführen, bis auf das Päpstliche Gebiet, damit es zum Schutze und zur Sicherheit für die Zukunft beitrage. (Sehr gut) Alles dies ist in der Ausführung begriffen. Es sind Verträge eingegangen; sie haben alles Einzelne vorgeesehen: die Lage unserer Offiziere und Soldaten, ihren Sold, die Bedingungen ihrer Entlassung, ihre Anrechte auf Avancement in der Französischen Armee, die sie behalten, selbst wenn sie mit einer Mission im Auslande beauftragt sind. Alles das ist durch eine zwischen der Französischen und der Römischen Regierung abgeschlossene Acte vorgelesen und geregelt. Und trotzdem fragen Sie noch, ob dieser Vertrag vom 15. September eine bloße Lockpfeife, eine Illusion sei? Nein, es ist ein Vertrag, der die Unterwerfung des Herrschers Frankreichs trägt, er ist ausgeführt bis auf diesen Tag, und er wird weiter ausgeführt werden, denn er constituirt eine gegenseitige Verpflichtung. (Lebhafter Zustimmung.)“

Ich komme jetzt zu der Frage wegen der Vertheilung der Päpstlichen Schuld; es erhebt sich dabei eine formelle Schwierigkeit. Wie soll die Unterhandlung geführt werden? Soll man die Italienische Regierung und die Regierung des heiligen Vaters sich zu einander in Beziehung setzen und für sich allein unterhandeln lassen? Wird nicht aus einer solchen Isolirung vielmehr Beunruhigung, Mißtrauen, ja eher ein Conflict als ein Arrangement hervorgehen? Man prüft, man discutirt; die Italienische Regierung beanprucht das Recht, direct zu verhandeln. Man macht ihr bemerkt, daß die Convention vom 15. September nur zu Unterhandlungen durch die Vermittlung Frankreichs ermächtigt. Diese Bedingung ist angenommen worden und in dem Augenblick, wo ich spreche, gehen gleichzeitig von Rom und von Florenz alle finanziellen Actenstücke ab, welche von den beiden Cabineten mitgetheilt werden und geeignet sind, die Vertheilung der Päpstlichen Schuld durch die Vermittlung der Französischen Regierung und mit ihrer Beihilfe zu regeln — eine Beihilfe, welche die verschiedenen Ansichten verfährt und mächtig und bestimmt ist, der gegenseitigen Entfremdung und den Conflicten vorzubeugen, die eine directe Unterhandlung würden haben erzeugen können.“ (Zustimmung.)

Herr Rouher kommt nun auf die Befürchtung, daß die neuen Ausöhnungsversuche gerade eben so scheitern würden, wie bereits früher die Mission Begeizis. Er giebt zu, daß trotz der Bemühungen der Französischen Regierung bei jener Gelegenheit die Bedenken auf beiden Seiten nicht zu überwinden gewesen seien, die sich namentlich an den von den Bischöfen zu leistenden Eid geknüpft hätten. Man müsse diese Bedenken achten, dürfe deshalb aber an einer Ausgleichung zwischen Italien und der Päpstlichen Souveränität nicht verzweifeln. Indessen seien die Berechnungen der Menschen freilich nicht untrüglich. Die lebhaften Besorgnisse der Freunde des heiligen Stuhles und die Doctrin des Herrn Bonjean könnten sich trotz aller Vorsichtsmaßregeln der Regierung in einem bestimmten Augenblicke verwirklichen. Es frage sich nun, wie Frankreich sich solchen mehr oder weniger fern liegenden Möglichkeiten gegenüber zu verhalten habe. Er könne darüber nichts sagen, als daß die Kaiserliche Regierung sich im Falle der Nichtausführung des September-Vertrages oder unvorhergesehener Ereignisse, welcher Art sie auch sein möchten, sich die Freiheit des Handelns vorbehalten habe. Bestimmtere Erklärungen könne man in diesem Augenblicke nicht von ihr verlangen. Sollte sie erklären, daß die Französischen Truppen unter gewissen Umständen Rom nicht verlassen oder dahin zurückkehren würden? Dann würde von gewissen Freunden des Päpstlichen Stuhles nur Alles aufgegeben werden, um jede Ausöhnung mit Italien, jedes Zugeständniß zu hintertreiben. Erkläre die Regierung andererseits, daß ihre Truppen nie wieder Rom betreten würden, so würde nur die Italienische Revolutions-Partei zu festen Agitationen und Handstreichen ermuntert werden. Warum sich also überhaupt mit solchen Hypothesen beschäftigen? Man müsse eben so einer blinden Reaction wie einer gewalthätigen Revolution ausweichen, und zwischen diesen beiden Klippen hindurch der Römischen Frage jene ruhige Entwicklung sichern, in welche einzutreten sie begonnen habe. In diesem Bestreben möge man die Regierung unterstützen. (Lebhafter Beifall.)

Die Entscheidung des Preussischen Obergerichtes in Sachen der Herren Twesien und Frenzel scheint in ganz Frankreich keinen einzigen Vertheidiger zu finden. Wenigstens liegt bis jetzt keine einzige Aeußerung vor, welche in einem der Theorie des Preussischen Ministeriums günstigen Sinne geäußert werden könnte, obwohl sich dazu dieser Tage die beste Gelegenheit geboten hätte, als Marquis Boissy, der „intelligente Bonapartist“, die Rede des Prinzen Napoleon, des ersten Prinzen von Gebli, in öffentlicher Senatsitzung als einen „discours seditieux, calomnieux, impie etc.“ bezeichnete. Weder „Bays“ noch „Constitutionnel“ kommen auf den Gedanken, die Hülfe des Cassationshofes anzurufen und der Staatsminister Rouher beschränkte sich in der nächsten Sitzung auf eine parlamentarische Zurückweisung derartigen Unziemlichkeiten. Von den Aeußerungen der liberalen Blätter über das Berliner Ereigniß wollen wir schweigen, aber selbst der „Monde“ der sich gewöhnlich in den bittersten Ausfällen gegen den Parlamentarismus und die Fortschrittspartei in Preußen ergeht, sagt heute u. A.: „Kammer und Verfassung können nicht getrennt und unter die Botmäßigkeit einer richterlichen Entscheidung gestellt werden. Die Kammern werden als das politisch-juristische Organ des Volkes angesehen, sie müssen deshalb autonom sein und dürfen von Niemandem abhängen. Es würde sonst das ganze öffentliche Leben von den todtenden Desfunctionen der Rechtsgelehrten abhängen, die mehr oder weniger reine Fachmänner sind. Neben dem Monarchen muß ein

großer, stark constituirter und auf festen Grundlagen ruhender Staatskörper, für ein Parlament stehen, das in sich die höchste Autorität in den großen Rechts- und Verwaltungsfragen vereinigt, wenn überhaupt ein Parlamentsbeschluss oder ein Staatsgesetz der Interpretationspunkt der Rechtsgelehrten widerstehen soll. Gleicher Meinung ist die legitimistische „Gazette de France.“ Die Kammer höre als solche zu bestehen auf, wenn sie über ihre Worte den Gerichten Rechenschaft ablegen müsse. Ihr allein gehöre die Handhabung der inneren Polizei an, die Deputirten seien nur dem Hause selbst oder ihren Mandatären verantwortlich. — Die „Opinion Nationale“, welche vor einiger Zeit einer Preussischen Allianz das Wort redete, sieht in Berlin die Rückkehr zum Absolutismus und hält das Gelingen dieses ganzen Versuchs für unmöglich.

Der „Moniteur“ veröffentlicht den Bericht des Justizministers Baroche über die Verwaltung der Criminaljustiz während des Jahres 1864. Im Allgemeinen ergiebt sich eine Verminderung der Zahl der Verbrechen. Die Assisenhöfe urtheilten 1864 über 3447 Fälle gegen 3614 im Jahre 1863 und 3906 im Jahre 1862. Doch findet die Abnahme eigentlich nur in Bezug auf Verbrechen gegen das Eigentum statt, die von 1941 im Jahre 1863 auf 1744 heruntergegangen sind. Dagegen haben die Verbrechen gegen Personen sich vermehrt und zwar von 1673 auf 1703. Der Justizminister selbst legte dieser Zunahme eine um so größere Bedeutung bei, als gleichzeitig gewisse Kategorien von Fällen, die bisher als criminelle behandelt worden waren, vor das Zuchtpolizeigericht verwiesen worden sind. Zugewonnen haben vornehmlich an Zahl die Verbrechen des Kindesmordes, der Nothzucht und der Verletzung der Schamhaftigkeit, so wie der Vergiftung. Die Zahl der letzteren Fälle ist von 18 auf 30 gestiegen. Abgenommen haben unter den Verbrechen gegen das Eigentum namentlich die Fälschungen und die Diebstähle. Erstere sind von 522 auf 299, letztere von 2768 auf 1133 zurückgegangen. Herr Baroche schreibt diese erfreuliche Erscheinung dem zunehmenden Wohlstand zu. Wegen dieser 3447 Verbrechen erschienen im Ganzen 4252 Angeklagte, wovon 747 Frauen, vor den Assisen. Von ihnen wurden 9 zum Tode, 150 zu lebenslänglicher, 784 zu zeitlicher Zwangsarbeit, 692 zur Correctionshausstrafe, 2 zur Deportation, 2 zur Einsperrung (détention), 1614 zu einfachen Gefängnisstrafe (emprisonnement) und 2 zu Gelbbußen verurtheilt. Außerdem wurden 25 Minderjährige unter 16 Jahren in Besserungs-Anstalten untergebracht. 1022 Angeklagte wurden freigesprochen. Von den 9 zum Tode verurtheilten wurden 5 hingerichtet. Bei 2273 der 2978 Verurtheilten, also bei etwa 76 Procent, erklärten die Geschwornen das Vorhandensein mildernder Umstände. — Die Zahl der den Gerichten überwiesenen zuchtpolizeilichen Vergehen betrug im Jahre 1864 139,803 gegen 135,817 im Jahre 1863 und 145,246 im Jahre 1862. Die Zahl der Angeklagten selbst belief sich auf 169,219, worunter 25,926 Frauen. Von diesen wurden 13,526, also 8 Procent, von den Gerichten freigesprochen, 8989 zu Gefängnisstrafen über ein Jahr, 77,612 zu Gefängnisstrafen unter einem Jahr und 66,104 zu Gelbbußen verurtheilt. — Von auswärtigen Regierungen hat Frankreich im Jahre 1864 die Auslieferungen von 30 Uebelthätern erlangt und deren selbst 76 ausgeliefert. — 4521 Personen, worunter 922 Frauen, endeten ihr Leben durch Selbstmord. — An Gerichtskosten schloß die Staatskasse 4,560,463 vor, und nahm 4,281,397 und außerdem an Gelbbußen noch 3,427,881 Frs. ein. Der Durchschnittspreis der Gerichtskosten eines vor die Assisen Erscheinenden stellt sich auf 255 Frs. Vor dem Zuchtpolizeigericht beträgt diese Summe für gemeine Vergehen 20, für Forst- und Polizeivergehen 10 Frs.

Rußland und Polen.

Die hohe Polnische Aristokratie hat in der diesjährigen Wintersaison vorzugsweise Paris und Rom zu ihren Sammelorten gewählt, und zwar weniger in der Absicht, dem Vergnügen zu leben, als in den politischen Salons den Einfluß ihrer socialen Stellung und ihres Reichthums zu Gunsten der Polnischen Sache geltend zu machen. Schon lange hat sie nicht nur so umfassende und eifrige, wenn auch stille und geräuschlose politische Thätigkeit entwickelt, als im gegenwärtigen Augenblick. Diese politische Thätigkeit ist auf ein doppeltes Ziel gerichtet: sie strebt dahin: 1) den Papst und die katholischen Höfe zu einer Rundgebung zu Gunsten des durch die Russischen Repressivmaßregeln gegen das revolutionäre Polnische Element in Lithauen und Neupreußen bedrohten Katholicismus oder wo möglich zu einer Coalition gegen Rußland zu bewegen, 2) die Französische und Italiensische Presse im Interesse der noch lange nicht aufgegebenen Polnischen Frage zu beherrschen und ihr neue Gesichtspunkte zur Vertheidigung der Nothwendigkeit der Wiederherstellung der politischen Unabhängigkeit Polens zu eröffnen. Der in die Geheimnisse der Polnischen aristokratisch-clericalen Politik eingeweihte Römische Correspondent des „Kraferer Gas“, ein beim Papst als Kammerherr fungirender ehemaliger Polnischer Waler, bringt mit einem Male dem Polnischen Publikum die frohe Kunde, daß der heilige Vater nächstens die Welt durch eine außerordentliche Rundgebung zu Gunsten Polens überraschen werde, daß die Coalition Frankreichs und Oesterreichs gegen Rußland so gut wie abgeschlossen sei u. s. w. Mit der größten Spannung sah man daher in National-Polnischen Kreisen der Thronrede des Kaisers Napoleon bei Eröffnung der gesetzgebenden Körper entgegen und tief und allgemein war die Verstimmung, als diese Rede auch nicht die geringste Andeutung einer katholischen Coalition gegen Rußland, selbst nicht einmal eine Erwähnung der Russisch-Polnischen Verhältnisse enthielt. Dennoch fährt der gedachte Römische Correspondent des „Gas“ fort, immer neue und bestimmtere Enthüllungen über die angeblichen polenfreundlichen Pläne des Papstes und der katholischen Höfe zu bringen. Ueber die neuen und interessanten Gesichtspunkte, von denen aus Blätter, wie „le Monde“ und „Civiltà cattol.“, den neuesten Weisungen der Polnischen aristokratisch-clericalen Partei folgend, für die Wiederherstellung Polens plaidiren, behalte ich mir eine ausführliche Mittheilung vor. — Die vom Senator Milutin proponirte neue administrative Eintheilung des Königreichs Polen hat endlich die Kaiserliche Bestätigung erhalten. Der betreffende Ukas ist bereits in voriger Woche in Warschau eingetroffen und wird nächstens im „Dziennik Warsz.“ publicirt werden. Nach der neuen Eintheilung wird das Königreich Polen 10 Gouvernements und 84 Kreise umfassen.

Petersburg, 13. Februar. Der erste Preßproceß in St. Petersburg bietet eben dadurch, daß er der erste ist, ein gewisses Interesse dar. Ueberdies giebt er zu interessanten Vergleichen mit Preßproceß in Deutschland Veranlassung. Wir geben daher den Verlauf der Schlussverhandlungen in der für Preßvergehen errichteten besonderen Abtheilung des hiesigen Criminalgerichtshofes nach einer Mittheilung des „Journ. des Justizmin.“ in ziemlich vollständigem Auszuge: Der Stabscapitän a. D. Bibikow war wegen seines Buches „Kriminalstudien“ zur Unternehmung gezogen worden, da derselbe durch die Ober-Preßverwaltung angeklagt war, die Grundsätze des heiligen Bundes, behufs deren Schwächung und Zerstörung, verworfen und geschmäht und somit die Absicht verrathen zu haben, die christlichen Ansichten über Ehe und Sittlichkeit zu untergraben. Die Abtheilung des Kriminal-Gerichtshofes fand, daß Herr Bibikow in dem ersten incriminirten Artikel seines Buches, „die Utopien der

„Gegenwart“ benannt, in welchem er die Ansichten Fouriers über das Leben der jetzigen Gesellschaft kritisiert, die Meinung ausdrückt, daß dieselben gerade ins Schwarze treffen. Namentlich schlägt sich Herr Bibikow auf die Seite Fouriers bei dessen Behauptung, daß die unlösliche Monogamie nur eine Gewohnheit, eine Regel, ein Mittel sei, durch welches die Gesehgeber den möglich größten Vortheil aus dem Verkehr der beiden Geschlechter ziehen. Diesen letzteren Gedanken entwickelt Herr Bibikow noch ausführlicher in seiner sehr anziehlich gehaltenen vierten Studie: „Eiferthum der Thiere.“ Die Abtheilung fand, daß durch die angeführten Stellen des Buches des Herrn Bibikow die von der Censur gegen denselben erhobene Anklage vollkommen gerechtfertigt werde, und sein Werk weder in der Form noch in der Behandlung des Stoffes einem wissenschaftlichen Zweck entspreche, und somit wirklich nur die Absicht haben könne, die Grundlagen des Ehe- und Familienlebens, wie dieselben einmal durch das Christenthum und die Gesehgebung festgelegt sind, zu schwächen und in Zweifel zu ziehen. Obgleich nun Herr Bibikow in seiner Erklärung behauptete, daß er im Gegentheil eine Befestigung und Bereicherung derselben erstrebt habe, fand die Abtheilung doch, daß das Buch des Herrn Bibikow der Kategorie derjenigen Werke beigezählt werden müsse, welche durch das Censur-Reglement verboten sind. In Folge dessen mußte Herr Bibikow der Strafe unterliegen, welche durch das Gesetz festgesetzt werde. Die Frage, ob die noch nicht veräußerten Exemplare des Werkes zu confisciren seien, entschied die Abtheilung dahin, daß dasselbe trotz seiner schädlichen Richtung dennoch seines geringen Wertes wegen eine so strenge Maßregel nicht notwendig mache. Außerdem ergab sich aus der Verhandlung, 1) daß der Untersuchungsrichter, welchem das 2. Polizei-Departement die Unternehmung dieser Anklage angetragen, eine ganz unbesetzte Hauswohnung in der Wohnung des Herrn Bibikow vorgenommen, und 2) daß derselbe Untersuchungsrichter den Verlauf des Werkes inhibirt hatte, während das Geseh eine solche Maßregel nur der Ober-Preßverwaltung und den Censurcomités gestattet, und dies auch nur in dem Falle, wenn zugleich die gerichtliche Verfolgung des Angeklagten begonnen hat. Auf Grund alles dessen entschied die besondere Abtheilung des hiesigen Criminalhofes: 1) daß der Stabscapitän a. D. P. A. Bibikow einem siebenjährigen Arrest auf der Hauptwache zu unterwerfen, 2) das ungesekliche Verfahren des Untersuchungsrichters behufs weiterer Prüfung dem 2. Polizei-Departement zu übergeben, und 3) der ungeseklich inhibirte Verlauf der übrigen Exemplare des Werkes freizugeben sei.

Amerika.

New-York, 3. Februar. Der Präsident hat einen Gesandten für San Domingo accreditirt. Charles Sumner beantragte die politische und bürgerliche Gleichstellung aller Bürger ohne Unterschied der Farbe als oberstes Staatsgesetz; der Senat erklärte alle Eingeborenen mit Ausnahme der Indianer für Staatsbürger.

Cortinas und Escobedo haben den Rio Grande und dessen Umgegend verlassen; Juarez ist angeblich nach Texas gegangen. Die angesehensten Kaufleute von Matamoros, heimische und fremde, haben einen Protest gegen das Verfahren der Bundesbehörden in Texas unterzeichnet, worin letzteren die Hauptschuld an den vorgefallenen Ereignissen beigemessen wird; und die Consuln Frankreichs, Spaniens und Preußens geben dazu ihre Ansicht ab, daß der Protest stichhaltig sei. (L. D.)

Verein zur Rettung Schiffbrüchiger an der Ostfriesischen Küste.

Bericht des Local-Comitee's auf der Insel Juist, betreffend die Rettung der Mannschaft des Muller Dampfers „Excelsior.“

In den ersten Tagen des Monats hatte es schwer aus Westen gestürmt. Die See brandete noch furchtbar an unserm Strande. Da stürzte am Montage um 1/2 10 Uhr die Fischerleute D. Dirks und P. Schiffer in meine Wohnung: es sitzt ein großes Dampfboot im Nordwestriff an Grund.

Unsere Insel ist bekanntlich lang gestreckt; vom Dorfe bis zum Weststrande, der Bill, geht man zwei Stunden. Vom Strande bis zu der Stelle, wo das Schiff gestrandet war, beträgt die Entfernung eine halbe Deutsche Meile.

Das Wasser war im Fallen. Wenn wir hin wollten, um Rundschau einzuziehen, wo und wie wir mit dem Rettungsboote vom Strande mußten, galt es nicht zu ängern. Etenden Schrittes, mehrtheils laufend, erreichten wir die Bill. Wir kletterten auf eine hohe Düne. Rund um uns her nichts als die weißen Köpfe der Brandungen, das Rollen der See, das Pfeifen und Heulen des Windes.

Durch den feinen Regen, der fiel, wurde unser Gesicht begrenzt. Wir nahmen das Fernrohr zur Hand. Mein Nachbar, der Vormann, rief: „es sind Menschen im Top, auch welche in den Wanten!“

Aber wie mit dem Rettungsboote, wie überall hinkommen bei den Brandungen, bei dem Sturme. Wir rathschlugten. Aber die See ließ uns nicht Zeit dazu. Das Wasser stieg, wir mußten zurück nach dem Dorfe. Einige Hundert Schritte waren wir gegangen, als die See schon über den Hamrick, die Niederung zwischen Ostrand und Bill, strömte. Nur kurze Zeit und wir waten im Wasser. Aber es glückte uns, wir kamen glücklich alle durch.

Mit dem Rettungsboote hinzukommen, das sahen wir, war heute unmöglich. Da erhoben sich der Schiffer Gerhard Ubben und dessen Sohn Johannes, die Matrosen August und Christoph Tiedeken und Jürgen Wäken mit einer Segelschaluppe den Versuch zu machen, die Unglücklichen zu retten.

Schon war es Nachmittag, als sie an Bord gehen konnten, wir sahen mit banger Spannung sie fahren. Während der Nacht kam wohl weniger auf der Insel der Schlaf; unwillkürlich horchte man, ob unsere Fahrleute nicht zurückkehrten, immer dachte man an die armen Schiffbrüchigen zwischen Brandung und Himmel.

Es wurde Morgen; endlich sahen wir die Schaluppe zurückkehren. An das Wrack hatte sie nicht gelangen können, die See ging dort zu hoch. So mußten wir doch zum Rettungsboote greifen, wenn wir Hülfe bringen wollten. Aber wie damit hingelangen? Die Niederung zwischen der Bill und dem Dorfe stand tief unter Wasser. Es blieb nichts übrig, als vom Südstrande der Insel, und zwar Nachts 3 Uhr, mit Hochwasser abzufahren. Vormann Altmann bestellte doppelte Mannschaft, alles war in Bereitschaft. Der Sturm ließ etwas nach, es gelang uns einen Menschen nach der Bill zu schicken, um, wenn sich einer der Schiffbrüchigen auf Trümmern gerettet hatte, Hülfe zu bringen.

Aber schon am Nachmittag trieb eine Leiche an der weißen Düne, 3 Stunden vom Orte der Strandung entfernt, an; es trieben Wallen und Schiffstrümmern vorbei.

Mit Dunkelwerden wurde der Wind wieder heftiger; gegen Mitternacht stürmte es wie an den Tagen zuvor. Ein feiner Regen wurde durch Hagel- und Schneehauer abgelöst, unsere Seeleute verzweifelten auf diesem Wege ans Wrack zu gelangen, und bezweifelten, das Boot über die Niederung zu transportiren, sollte es, was es wollte.

Aber dazu mußte der Tag abgewartet werden. Endlich war es so weit. Wir hörten, daß noch Menschen im Wrack des Wrackes sichtbar. Dies spornete unsere Eifer an. Leider aber vergebens, denn die Gewalt des Sturmes und die Höhe der Brandungen nahen stündlich zu, es war kein Gedanke, die Strandungs-Stelle zu erreichen.

Aber helfen wollten wir. Zwei Insulaner entschlossen sich, nach dem Nordende zu fahren, um durch den Consul Steinbömer das Emden Dampfboot zu Hülfe rufen zu lassen. Sie sind die nächste Nacht angekommen und haben ihren Auftrag ausgerichtet.

Am Donnerstage Morgen fuhr mit Tagwerden mit dem Rettungsboote der Niederung zu; wir eilten so sehr wir konnten. Denn wenn auch die See hoch ging, so hatte der Sturm doch nachgelassen. Schon hatten wir unser Ziel bis auf eine kurze Entfernung erreicht. Schon wurde und uns nöthigte, uns selbst und die Pferde zu retten, nachdem wir das Boot vorher befestigt hatten.

Die seit Montage ausgestandenen Strapazen, die Sorgen und Nachwachen welche alle Insulaner gern getheilt hatten, mußten endlich zur Erholung führen. Trotz dem hielt der Gedanke: es sind noch Menschen auf dem Wrack, alle aufrecht, und beschloßen wir, durch die Abben'sche Schaluppe das Rettungsboot an die Strandungsstelle schleppen zu lassen. Die Mannschaft war in Bereitschaft. Allein, als wenn Alles sich gegen uns umkehren wollte, wurde die

Schaluppe nicht flott, und unverrichteter Sache mußten wir umkehren.

Man kann sich denken, was auch der Gefühlslose nach so übermenschlichen Anstrengungen, die völlig vergeblich gewesen waren, empfinden mußte. Wir wollten gern Hülfe bringen, wir mußten, wiewohl unsägliche Glend die Menschen ausstehen mußten, die nun schon seit Montag ohne Obdach, ohne Nahrung auf einer dünnen Raas zwischen dem Himmel und der Brandung schwebten, jeden Augenblick den Tod vor Augen, aber wir konnten nicht helfen!

Am Freitag Morgen kam der Consul Steinbömer von Norden und Consul Vomer von Emden hier an. Sie brachten die frohe Nachricht, daß das Dampfboot von Emden kommen werde, brachten auch Segelschiffe zur Hülfe mit. Bisher hatten wir die Schiffbrüchigen noch bemerkt. Aber von den Stürmen der vorhergegangenen Tage gingen die Seen so hoch, daß wir uns gebuden mußten. Es war eine schreckliche Zeit für uns alle, die niemand, der sie erlebt hat, je vergessen wird.

Unsere Mannschaften hatten sich soweit erholt, daß sie am Sonnabend Morgen mit Tagesanbruch das Rettungsboot besteigen konnten.

Es waren außer dem Vormann Albrecht Altmann, Jan Altmann, Hinr. Arends, Fode Fisser, Ommo Breden und Ommo Dirks, als Hülfe Mannschaften J. D. Fisser, Onne Hoff und Peter Schiffer. Das Wasser war etwas schlichte geworden, aber es brandete überall noch heftig. Wie diesmal haben unsere Jutler, glaube ich, noch nie gerudert. Auch die Segelschiffe fuhrten ab, es kam das Emden Dampfboot in Sicht. Da gelang es der Besatzung des Rettungsboots, zuerst an Bord des Wrackes zu gelangen und fünfzehn Menschen aufzunehmen, welche gegen 11 Uhr gelandet wurden.

Einem Anblick, wie die Geretteten ihn boten, — wer konnte ihn je vergessen und wenn er hundert Jahre alt würde! Seit der Nacht vom Sonntag auf Montag, in welcher die Strandung erfolgte, war keine Nahrung über ihre Lippen gekommen. Sturm und Schloßen, Brandung und Regen hatten sie gepeicht, die Laue, mit welcher sie sich befestigt, hatten sie geschunden, endlich hatte der Hunger sein schreckliches Recht verlangt, mehrere hatten das Fleisch von den Verstorbenen geschnitten und gierig verschlungen. So stierten sie mit verschwollenen Händen und Füßen vor sich hin, nicht mehr fähig zu einem Acheln der Freude in den erbarmlichen Flügen. Viele von uns dachten: möchten diese Unglücklichen nur einen Augenblick alle diejenigen sehen, welche bisher gegen die Rettung von Schiffbrüchigen und die darauf gerichteten Strebungen gleichgültig gewesen sind, wie rasch würden Herz und Hand sich öffnen, wie gern würden sie beitragen, so furchtbares Glend von Mitmenschen, vielleicht von sich selbst fern zu halten.

Die Insulaner weiseferten die Schiffbrüchigen bei sich aufzunehmen; sofort wurde ein Schiff nach Norden geschickt um den Arzt und Arznei zu holen. Von den an Bord des Dampfers befindlich gewesenen Personen waren fünf Passagiere, nämlich ein Kaufmann nebst Frau aus Berlin, zwei Kaufleute aus Hamburg und Nürnberg, sowie ein Steuermann aus Augustenburg, endlich von der Besatzung der zweite Steuermann, der Obermaschinist und zwei Heizer umgenommen.

Dagegen wurde der Capitän, dessen Frau, ein Passagier und 12 von der Schiffsmannschaft glücklich gelandet.

Juist, den 10. Februar 1866.

Eisenbahnen.

Die Concession für die Eisenbahn von Berlin nach Lehrs zu Gunsten des Comites, an dessen Spitze die Berliner Disconto-Gesellschaft steht, ist, wie die „W. V. Z.“ meldet, vorgestern vom Könige vollzogen worden.

Mannigfaltiges.

* Das „Athenaeum“ erzählt, daß die Neu-Braunschweiger Behörden kürzlich eine Prämie von 3 Dollars für die Schnauze eines jeden in der Colonie erlegten Hären ausboten. Eine große Zahl Schnauzen wurde, meist von Indianern, gebracht, aber im Laufe der Zeit entdeckte man, daß diese Trophäen nur Imitationen waren, von Jäbilitanten im Staat Maine schlaun aus Gummi elasticum und Gutta percha verfertigt und den Indianern zu 1/2 Doll. pro Stück verkauft.

Paris. Die jetzt herrschenden Damenmoden versehen einen unwillkürlich um 50 Jahre zurück, man glaubt in einen Salon des ersten Kaiserreichs zu treten: die kurzen Taillen, die eng anliegenden Kleider (die Crinolinen sind streng verpönt), und nun gar die Frisuren: kleine Böckchen, die bis auf die Stirn herabfallen und die von einem Diadem im Griechischen Geschmack überragt sind — dies constituirt die neueste Mode, die man mit Recht mode premier Empire nennt.

Stettin's Handel in 1865.

(Fortsetzung. Siehe Nr. 20, 46, 48, 51, 63, 73.)
Hering. In Bezug auf den Import und die Lager unseres Platzes beziehen wir uns auf die in Nr. 32 mitgetheilten ausführlichen Tabellen. Von Schottischer Waare waren zu Anfang des Jahres ca. 15369 To. auf Lager, davon 8007 1/2 und 630 1/2 crown und rubrand, 631 To. ungeft. Woll und 6403 To. Zblen. Der Preis eröffnete für 1864 eroin und fullbr. mit 13 1/2 Rg tr., stieg bis Mitte Juni auf 14 Rg, fluctuirte dann im Januar und Februar zwischen 14 und 13 1/2 Rg und wich im März bis auf 13 1/2 Rg. Mitte April bei Wiedereröffnung der Schifffahrt trafen noch 1453 To. fullbrand ein und obgleich weitere Zufuhren nicht kamen, wich der Preis herab und fluctuirte zwischen 13 1/2 — 13 1/4 Rg. Im Mai war der Vorrath bis auf ca. 200 To. geräumt und der Preis stieg bis 13 1/2 Rg, für kleinigkeiten wurde im Juni und Juli selbst 14 Rg bezahlt. Von ungestempelten Fullbrück trafen noch 204 To. ein. Der ganze Vorrath wurde zu 12 — 13 Rg pro To. allmählig geräumt. Für 1864er Hering eröffnete der Preis mit 13 1/2 — 13 1/4 Rg, stand im Februar 13 1/2 Rg, im März 10 — 10 1/2 Rg, wich im April bis 10 1/4 Rg, im Mai auf 10 1/2 — 10 und der Rest wurde im Juni und Juli zu 10 — 10 1/2 Rg geräumt.

Die Zufuhr von Matjes-Hering 18,810 To., war also noch um 400 To. größer als der starke 1864er Import. Die Zufuhren kamen in Folge des früher begonnenen Janes sehr früh an, 50 To. kamen am 22. und 15 To. am 25. Mai und wurde dies kleine Quantum zu guten Preisen verkauft. Die ersten größeren Zufuhren am 1. Juni, 614 To., voll Dampf von Etonoway u. 245 To. Dampf von Keib waren schnell den Preis. Da die Qualität aber besser war als die des ersten Fisches in früheren Jahren fand die Waare willig Käufer. Ein kleiner Theil wurde zu 15 Rg, der größere Theil zu 13 und 12 Rg verfeuert verkauft. Am 9. Juni stand der Preis 12 1/2 — 13 Rg, am 23. Juni wurde feine Qualität mit 14 — 15 1/2 Rg verzt. und Anfang Juli mit 13 — 14 Rg bezahlt, während Frühfang 9 — 10 Rg brachte. Mit Juli wurde für auserlesene Posten bis 17 Rg verzt. bezahlt. Als Ende Juli mit einer ziemlich bedeutenden Zufuhren eintrafen, welche gleichzeitig mit den ersten Zufuhren von ungeft. Fullbering ankamen, fielen Preise schnell, besonders da bei der außerordentlich großen Hitze, welche mehre Wochen anhält, die Frage sehr gering geworden war. Anfang August wurde ein großer Posten zu 13 — 13 1/2 Rg verzt. verkauft. Bei eintretender kühlerer Witterung und da das Lager in festen Händen war, stiegen Preise auf 14 Rg und es wurde im Sept. für kleine Parteen welche noch übrig waren bis 17 Rg bewilligt. Die ersten Zufuhren von Hering vom Ostfüßenfang, 51 Tonnen, trafen bereits am 12. Juli, 144 To. am 19. Juli ein. Der Fisch dieser Parteen, von den Säkern Matties genannt, war klein, und es wurde 10 — 13 Rg pro To. dafür bezahlt. Der erste ungestempelte Fullbrück kam Ende Juli und fand zu 13 1/2 Rg pro To. tr. Netmer. Die Gesamtsumme Zufuhr dieser Sorte betrug 16,000 To., der Preis stellte sich im August auf 1 1/2 Rg, wich von 13 1/2 Rg bis Ende des Monats auf 13 — 1 3/4 Rg, und stand Anfang September 12 1/2 Rg. Abschlässe in crown und fullbrand kamen schon Mitte Juni vor, es wurde pro September 11 1/2 Rg pro To. tr. bezahlt, das Geschäft auf Lieferung war indeß nicht so bedeutend wie früher. Das ganze hier zugeführte Quantum von crown- und fullbrand Hering betrug in diesem Herbst ca. 68,000 To. Die ersten Zufuhren im August brachten 13 Rg pro To., Anfangs September fluctuirte der Preis zwischen 13 und 12 1/2 Rg. Bald nachher, als dies Resultat des Janes bekannt wurde, stiegen Preise fortwährend so, daß Ende Monats unter 13 1/2 Rg nicht zu kaufen war. Im October fluctuirte der Preis fast gar nicht, Preise hielten sich auf 13 1/2 Rg, da widrige Winde das Herankommen der Zufuhren hinderte und der Vorrath sehr reducirt war. Anfangs November kamen die Zufuhren gleichzeitig ein. Durch einige forcirte Verkäufe drückte sich der Preis für einige Tage auf 12 1/2 Rg tr., da über die Hauptinhaber

fest auf Preis hielten, erholten sich die Preise bis Ende des Monats auf 13 1/2 R. tr. Mitte December taufte ein Händler aus dem Inlande bedeutende Posten crom und fullbrun zu 13 1/2 R. wozu auch Blag-Speculanten zum Kauf angeregt wurden, so daß der Preis sich auf 13 1/2-3/4 R. hob und am Jahresabschluss 13 1/2-14 R. tr. gefordert wurde. Die Qualität des Herings war in diesem Jahre im Allgemeinen gut, nur waren die meisten Partien wieder zu flach gepackt und zu hart gefaselt, auch hörte man Klagen, daß oft in Mitte der Tonnen viele kleine Heringe gefunden wurden. Von Zhlen - Hering kamen 11,500 To. Der Preis stellte sich Anf. September auf 11 1/2 R., wozu Mitte des Monats auf 10 3/4 R. und schloß Ende Sept. 11 1/2 R., welcher Preis sich auch im October nahezu behauptete. Am November wurde 10 5/8-10 3/4 R., im December 10 3/4-11 R. bezahlt. Vom Firth of Forth kam in diesem Jahre keine directe Ladung, einige Hundert Tonnen geringer Qualität, welche via Keith eingeführt wurden, brachten verhältnismäßig hohe Preise. Von Verwid trat eine Ladung ungestempelter Waare ein, welche gute Preise bedang. Die Ermäßigung des Zolles in Oesterreich, welche mit dem 1. Juli eintrat, hat dem Geschäft keine bedeutende Ausdehnung geben können, da die hohen Preise den Absatz dahin sehr beschränkten. Ebenso ist bei der neuen Ermäßigung des Zolles auf 1 R. pro To., welche nach dem Englisch-Oesterreichischen Zollvertrag bedroht, auf eine Ausdehnung des Geschäftes mit Oesterreich nur bei mäßigen Preisen zu rechnen.

Fortsetzung folgt.)

Telegramme der Ostsee-Zeitung.

Hamburg, 15. Februar. Laut einer von den „Hamburger Nachrichten“ veröffentlichten Analyse der letzten Oesterreichischen Note an die Preussische Regierung erkennt das Wiener Cabinet seit dem Rücktritt von dem Londoner Protocoll nur den Augustenburger als bestberechtigten Erbprincedenten an und betrachtet sich durch den Wiener Frieden nicht als Souverain, sondern als einseitigen Verwalter der Elberzogthümer.

Handelsberichte und Correspondenzen.

Telegramme der Ostsee-Zeitung.
Berlin, 15. Februar, 1 Uhr 56 M. Nachmitt.
Staatsanleihe 88 1/2 bez.
Staats-Anleihe 41 1/2, 100 3/8 bez.
Berlin-Stett. Gb.-Act. 136 bez.
Starg.-Pof. Gb.-Act. 97 bez.
Oesterr. Nat.-Anleihe 63 3/8 bez.
Vomm. Pfandbr. 92 3/4 bez.
Oberschles. Gb.-Act. 178 bez.
Wien 2 Mt. 96 7/8 bez.
London 3 Mt. 6. 22 3/4 bez.
Paris 2 Mt. 81 bez.
Hamburg 2 Mt. 151 1/2 bez.
Medlenburger Gb.-Act. 75 bez.
Russ. Bräm.-Anl. 92 3/4 bez.
Russ. Banknoten 77 bez.
Amerikaner 6 1/2, 72 1/4 bez.

London, 14. Februar, Abendz. Eisenbahn 40s höher; Indigo, Kupfer, Zinn und Caffee fester.
Rio Janeiro, 24. Januar. (per Tel. von Lissabon.) Caffee. Gesammtabladungen 60,300 S., davon nichts nach der Elbe und dem Canal, nach der Ostsee 79,0 S., Nord-Amerika 24,800 S. Der Borrath hat um 20,000 S. abgenommen. Preise 200 Rs. höher. Cours auf London 3s 8d niedriger. Frachten 2 1/2s niedriger. Caffee-Abgaben von Santos 9700 S.

Wien, 14. Februar. (Schluss-Course.) Bewegte Börse. 5% Metalliques 61. 70. 1854er Loose 76. 07. Bank-Actien 744. 00. Nordbahn 151. 80. National-Anleihe 64. 80. Credit-Actien 145. 90. Staats-Eisenbahn-Actien-Certificates 164. 70. Galizier 160. 80. London 103. 40. Hamburg 77. 00. Paris 41. 10. Böhmische Westbahn 141. 50. Credit-Loose 114. 75. 1860er Loose 89. 70. Lombardische Eisenbahn 162. 00. 1864er Loose 75. 30. Silber-Anleihe 68. 00.

Paris, 14. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Die Börse war Anfangs sehr fest, wurde aber später, in Folge einer gewissen Unruhe seitens der Speculanten, matt. Die 3%, die zu 68. 95 eröffnete, und auf 69. 02 1/2 gestiegen war, wich schließlich auf Notiz. Schluss-Course: 3% Rente 68. 90. Italien. 5% Rente 61. 10. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Actien 401. 25. Credit-Mobilier-Actien 675. 00. Lombardische Eisenbahn-Actien 401. 25. Oesterreichische Anleihe von 1865 346. 25 compt., 345. 25 auf Termin.

London, 14. Februar, Nachmittags 3 Uhr 30 Minuten. Rubel Februar Frs. 130. 00, Mai-August Frs. 114. 50, September-December Frs. 107. 00. Wehl Februar Frs. 51. 00, Mai-Aug. Frs. 53. 75. Spiritus Mai-August 48. 00, Sept.-Dec. Frs. 50. 00.
London, 14. Februar, Nachmittags 4 Uhr. Conjols 87 1/2. 1% Spanier 35 1/2. Sardiner 71 1/2. Mexikaner 22 1/2. 5% Russen 90 1/2. Neue Russen 90 1/2. Silber 61. Türkische Anleihe von 1865 38 3/4. 6% Ver. St. 1882 67 3/8.

Glasgow, 14. Februar. (Herr Theod. Herk.) (per Tel.) Großes Geschäft. Warrants bis 69s 9d Gb., Garttherrie 70s 9d bez., Coltness kein Preis, Langloan 69s 6d, Forth 64s, Schottisches 70s bezahlt.

Angekommene und abgegangene Schiffe.		
Febr. Danzig	nach Febr. Shields	von
14. St. Petersburg (SD), Martin	Hull b.z. 11. Mecklenburgs Hauswirths, Kork	Boston
Febr. Pillau	nach	Danzig
13. Dwina (SD), Barnes	London 12. Maren, Black	von
Febr. Kopenhagen	von Febr. Waterford	von
12. Maagen, Kahlke	Stettin 12. Bobsien-Kägsdorf, Möller	Sulina
Febr. Hamburg	von für Ordre.	von
13. Schultze-Delitsch, Pohn	Maroim Febr. Weymouth	nach
Catharine & Jane, Stern	Lagos	clarirt
Argo, Mahlmann	Laguna 11. Calsow-Stesow, Wegener	Hartlepool
in Ladung		
Prof. Baum, Schwarz	nach Febr. Unw. Wight	von
10. Graf von Krassow, Lühmann	Newyork	Newcastle
Febr. Cuxhaven	von	von
13. Richard, Möller	Tschesme nach dem Mittelmeer	d. Ostsee
Febr. Belfast	von Maria, —	nach Cardiff
11. May Queen, Mundt	Newyork	von
Febr. Brixham	von Febr. Great Yarmouth	von
8. Juno, Klemke	London auf der Rhede	von
nach Swansea	12. Louise Poll, Wannmacher	Shields
Febr. Cardiff	nach Neapel	von
9. Wanda Fürstin zu Putbus, Schwartz	Febr. Malaga	nach
Bahia	clarirt	Hamburg
Febr. Hull	von 1. Schiller, Galle	Stettin
10. Marie, Peters	Sevilla 3. Lina, Darm	von
Febr. Leith	nach Febr. Triest	von
12. Dresden (SD), —	Stettin 11. J. F. Pust, Voss	Brindisi
Febr. Liverpool	von Febr. Venedig	von
clarirt	7. Herzogin Anna, Wendt	Newyork
10. Ernst August, Fretwurst	Newcastle von Febr. Constantinopel	von
13. Richard, Möller	12. Heinrich, Agrell	Newcastle
Febr. London	von Jan. Alexandria	von
10. Johannes Keppler, Jantzen	Taganrog 31. Theodor Körner, Költzow	Newcastle
Febr. Newcastle	von Jan. Barbados	von
in Ladung	14. Franz Böttcher, Leithoff	Liverpool
9. Delphin, Linde	Bergen nach	nach
Febr. Ramsgate	von Jan. Baltimore	von
12. Prinz-Regent, Lembke	Stralsund 27. Aristides, Beckmann	Newry
nach St. Thomas	Jan. Newyork	von
mit Verlust zweier Anker und Ketten.	27. Duisburg, Holljes	Rotterdam
Febr. Ryde J. W.	von in Ladung	nach
12. Ludwig, —	Hull Pepita (Preuss. Brigg)	nach
nach Sevilla, Alles wohl.	Rio Grande do Sul	von

Wind und Wetter.
13. Febr. Pillau WSW., frisch, Morg. + 30.
14. - Cuxhaven WNW., do.
13. - Vlissingen O., do.
- Aberdeen NW., leicht, Schnee.
- Falmouth NW., schön.

Stettin, 15. Februar. Wetter: Morgens — 10 R., Mittags + 30 R., bewölkt, gestern etwas Schnee. Barometer 27. 10. Wind Süd-Ost.
Weizen etwas matter, loco pro 85 1/2 gelber 65-69 R., mit Auswuchs 48-62 R., 83/85 gelber pro Frühjahr 70, 69 1/2, 3/4 R. bez. u. Br., Mai-Juni 71 1/4, 71 R. bez., Juni-Juli 72 R. bez., Juli-August 73 R. bez.
Koggen wenig verändert, pro 2000 R loco 46-47 1/2 R., pro Frühjahr 47 1/2 R. bez. und Br., Mai-Juni 48 1/2, 3/8 R. bez., 1/2 R. Br., Juni-Juli 49 1/2 R. bez., Br. u. Gd., Juli-August 49 1/2 R. bez., Br. und Gd.
Gerste loco pro 70 R. Schlei. 38-40 R. bez., Frühjahr 70 R. 40 1/2 R. bez., 41 R. Br.
Hafer loco pro 50 R. 27-28 R., 47/50 R. pro Frühjahr 27 1/4 R. bez. und Br., 1/8 R. Gd.
Erbsen, loco 46-51 R. nach Dual., Frühl. Futter- 49 1/2 Br. Rüböl fest, loco 15 1/2 R. Br., Febr. 15 1/2 R. bez., 2/3 R. Gd., April-Mai 15 3/4 R. bez., Sept.-Oct. 13 1/2, 7/12 R. bez.
Spiritus fester, loco ohne Faß 14 1/4, 17 1/2 R. bez., Februar-März 14 1/2 R. Br., März-April 14 3/4 R. bez., Frühjahr 15 R. Br., Mai-Juni 15 1/4 R. Br., Juni-Juli 15 1/2 R. bez., Juli-August 15 3/4 R. bez.
Angemeldet Nichts.

Berlin, 14. Februar. Wir können das Geschäft in Butter immer nur noch als sehr schleppend bezeichnen, besonders für Mittelwaare kommt der Umsatz nicht in Vergleich zu den Zufuhren; weshalb auch Preise für diese Sorten gedrückt und weichend bleiben, dagegen in feineren Qualitäten hierin eher eine Besserung zu erwarten steht. Notierungen: Feine und feinste Mecklenburger Butter 35-39 R., Briegener und Vorpommersche 32-33 R., Schmeische und Nebbrüder 25-29 R., Preussische 23-26 1/2 R., Schmeische 24 1/2 R., Glazer Kühl, 18 Quart pro Faß, 9-11 R., Thüringer und Bayerische 25-31 R., Hessische 28 1/2-32 1/2 R., Schweinefette 24-25 R., Pfannenmus 7 R.

Danwig, 14. Februar. Wetter: veränderlich; Frostluft. Wind: SW. Heute sind 40 Lasten Weizen, darunter 10 Lasten alte Waare verkauft, und wenn auch die Preise zum größeren Theil unbekannt geblieben sind, kann man dieselben doch unverändert annehmen, 117 1/2 ausgewachsen 360 fl., 117, 120 1/2 desgl. 375 fl., 125 1/2 Sommer-geund 453 fl., 128 1/2 hellbunt 505 fl. Alles pro 5100 R. — Roggen unverändert, 121 1/2 339 fl. pro 4910 R. Auf Lieferung pro April-Mai sind getrennt 50 Lasten inländische 122 1/2 Roggen a 352 1/2 fl. pro 4910 R. gekauft. — Gerste sehr fest, Heine 103 1/2 253 1/2 fl., große 106 1/2 a 261 fl., 107, 8 1/2 270 fl. pro 4320 R. — 50 Lasten Poln. Hafer sind a 180 fl. pro 3000 R. auf Lieferung pro April-Mai gekauft. — Rüböl 730 fl. pro 4320 R. — Weiser Kleesamen 18 1/2 R. — Spiritus nicht zugeführt, 15 1/2 R. Geld.

Vofen, 14. Februar. Roggen (pro 25 Scheffel = 1925 R) pro Februar 42 1/2 R. Br., 3/4 R. Gd., Febr.-März 42 1/2 R. Br., 3/4 R. Gd., Frühjahr 43 1/2 R. bez., 43 1/2 R. Br., April-Mai (pro 25 Scheffel = 2000 R) 45 R. Br., 44 1/2 R. Gd., Mai-Juni 45 1/2 R. Br., 1/2 R. Gd.
Spiritus (pro 100 Quart = 8000 R) (mit Faß) pro Februar 14 R. bez., 1/2 R. Br., März 14 1/2 R. Br., 1/2 R. Gd., April 14 1/4 R. Gd., 7/12 R. Br., Mai 14 1/2 R. Gd., 3/8 R. Br., Juni 14 1/2 R. Br., 7/8 R. Gd., Juli 15 1/4 R. Gd., 1/2 R. Br.

Breslau, 14. Februar. Wind: W. Wetter: Schneetreiben. Thermometer früh 0 Grad. Am heutigen Markt blieb der Umsatz beschränkt, daß die theilweisen höheren Forderungen der Kaufleute nicht genügt. Weizen bei beschränktem Umsatz, pro 85 1/2 Schlesiener weißer 64-81 R., gelber 62-77 R., feinste Sorte über Notiz bezahlt, ausgewachsener und blauer 50-62 R. bez. — Roggen behauptet, pro 84 1/2 54-56 R., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Gerste etwas mehr beachtet, pro 74 1/2 weisse 45-47 R., helle 43-44 R., gelbe 36-42 R., ausgewachsene 35-39 R. — Hafer behauptet, pro 50 1/2 26-28 R., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Rogg-Erbsen angeboten, 48-60-65 R. — Widen beachtet, 62-67-70 R. — Delfamen ruhig. — Lupinen pro 90 R gelbe 65-75 R., blaue 56-60 R. — Schlesiener Wagnen ohne Umsatz. — Schlagleinamen flau, 180-190-200 R. — Winter-rapps 275-288-304 R. — Winter-Rüben 265-280-290 R. — Sommer-Rüben 220-230-245 R. — Leinbottel 186-195-200 R. — Rappflüden schwach beachtet, 57-60 R. pro R.
Kleesamen reichlich zugeführt, rother fest, ordin. 14-14 1/2 R., mittler 15-16 R., feiner 16 1/4-17 1/2 R., hochfeiner über Notiz, weißer matter, ordinärer 13 1/2-15 R., mittler 15 1/2-16 1/2 R., feiner 17 1/4-19 1/2 R., hochfeiner 20 1/2-21 1/2 R. pro R. — Thymothee schwach getragt, 10 1/2-11 1/2-12 3/8 R. pro R.

An der Börse. Roggen (pro 2000 R) etwas höher, gef. 2000 R. pro Februar 44 R. Br., Februar-März 43 1/2 R. bez. und Gd., April-Mai 43 1/2-44 R. bez. u. Br., Mai-Juni 41 1/4 R. bez., Juni-Juli 45 1/4 R. Br. u. Gd., Juli-August 46 1/2 R. Br. — Weizen pro Februar 59 R. Gd., — Gerste pro Februar 39 R. Br. — Hafer pro Februar 37 1/4 R. Gd., April-Mai 38 1/2 Gd., Rapps (pro 2000 R) pro Februar 142 R. Br.
Rüböl wenig verändert, loco 16 R. Br. pro Februar 15 1/2 R. bez. u. Br., Febr.-März 15 1/2 R. Br., April-Mai 15 1/2 R. Br., 1/3 R. Gd., Mai-Juni 15 1/8 R. Br., Septbr.-October 12 1/2 R. bez. und Br.
Spiritus unverändert, gefündiat 40,000 R., loco 131 1/2 R. Br., 3/4 R. Gd., pro Febr. und Februar-März 14 R. Br. u. Gd., April-Mai 14 1/2 R. bez. u. Gd., Mai-Juni 14 1/2 R. Gd., Juni-Juli 14 3/8 R. Gd., Juli-August 15 R. bez.
Zinn 7 1/2 R. bez.

Köln, 14. Februar. Weizen behauptet, effect. hiesiger 6 1/4-1/3 R. Br., effect. fremder 5 1/2 R. Br., pro März 5 R. 26 1/2, 26 R. bez. und Gd., 5 R. 26 1/2 R. Br., Mai 6 R. 5 R. bez. u. Gd., 6 R. 5 1/2 R. Br. — Roggen flau, effect. hiesiger 4 1/2 R. Br., pro März 4 1/4 R. bez. und Br., 4 R. 21 1/2 R. Gd., Mai 4 R. 21 1/2 R. bez., 4 R. 28 1/2 R. Br., 4 R. 28 R. Gd. — Gerste, hiesige 5 R. Br., Oberländische 5 1/2-1/2 R. Br. — Hafer, effect. 5 R. Br. — Spiritus, effect. 80% in Partien von 3000 R., 18 1/4 R. Br. — Rüböl unverändert, effect. in Partien von 100 R. in Eisenband 17 1/10, 10 R. bez. u. Br., pro Mai 17 1/10 R. bez. und Br., 16 3/4 R. Gd., Oct. 14 3/20 R. bez. n. Br., 14 1/10 R. Gd. — Leinöl, effect. in Partien von 100 R. 14 1/10 R. Br.

Hamburg, 15. Februar. Disconto 4 1/2 a 5 %.
Amsterdam, 13. Februar. 2900 Wl. Padang-Caffee sind zu 45 1/2 fl. umgelegt.
Leeds, 13. Februar. Im Weizenhandel war es fest, der Verkehr aber nicht groß, Gerste voll behauptet.
Newcastle, 13. Februar. (Herrn William Cook jun. & Co.) Die Preise der meisten Artikel sind unverändert. Crystal. Soda 5 L 5s a 5 L 7s 6d pro Ton Brutto, Alkali, bestes weißes 18 1 2/3 a 27/8d, 18 2 2/8d pro Cmt., Chloralkali 13 L, caustische Soda 58-60 % 4 1/2d, 70-72 % 4 1/4d, chromsaures Kali 6d pro R., blausaures Kali, gelbes 1s 2d pro R., rothes 1s 8d bis 1s 10d nach Qualität pro R., frei an Bord in der Tyne.

London, 13. Februar. Getreide. Das Wetter hat in letzter Woche alle Wechselungen des Aprilwetters durchgemacht, aber die Lande war so stark, daß die Feldarbeiten und die Vorbereitung des Landes zum Säen sehr behindert wurden. Das ungewöhnlich milde Winterwetter hat die Vegetation bedeutend getrieben und einige Weizenfelder stehen deshalb rank und weniger verprechend, während alle frühen Fruchtbäume blühen treiben. Eine später eintretende strenge Witterung mag uns theuer für die unzeitigen Vegetationsfortschritte zahlen lassen. Obgleich unsere eignen Vorräthe größer sind als sie zu sein pflegen, so mögen wir doch wegen Abnahme der fremden Zufuhren vor der Ernte zu kurz kommen. Wir wissen aber wohl, daß das System von der Hand in den Mund zu leben die Zukunft nicht in Betracht zieht und während das Brod billig bleibt und die Schädlichkeiten aufzuheben sind, fürchtet man keine Zeit des Mangels. Die fremden Märkte zeigen wenig Veränderung. In Frankreich ist keine nennenswerthe Differenz der Preise. Die Brodstoffe in Amerika blieben flau und die letzte speculative Bewegung hat aufgehört; die Differenz zwischen den Newyorker und Britischen Preisen ist nicht groß genug für die Verlager, um reichliche Zufuhren in Aussicht zu stellen, besonders da die Canalschiffahrt selten vor Anfang Mai frei

wird. Eine gute Aussicht gewährt aber die theilweise Verminderung der Rinderpest.
Die Zufuhren an der Küste bestanden aus 61 Ladungen, darunter 32 Ladungen Weizen. Bezahlt wurde für Ghirka-Weizen 40s a 42s 6d, Verbianski 43s 6d a 44s 6d, Ruhr. 38s.
Die Ablieferungen von Englischem Weizen betragen in letzter Woche 71,903 Drs. zu 45s 10d gegen 83,620 Drs. in 1865.
Der Import im Königreich betrug in der mit dem 3. Febr. endenden Woche 1,02,824 Cwt. Weizen und 267,838 Cwt. Mehl.
Im Samengeschäft war es ungewöhnlich flau, Kleesamen war etwas billiger.
Von Sommergetreide war Gerste wieder steigend.
Dublin war für inländisches Getreide wieder flau und noch mehr war dies der Fall für fremden Weizen, aber Mais war fester. In Cork waren die Preise unverändert.

London, 13. Februar. Der Zuckermarkt war heute sehr flau, Westindischer nominell, Mauritius und Rotol 6d, Manilla völlig 1s 6d billiger. Native-Ceylon-Caffee preisbalter. Thee-Auction matt, zuletzt besser. Salpeter niedriger. Indigo in heutiger Auction gut beachtet, Bengal und Oude in besseren Gattungen 6-8d, geringere 3-6d höher, Madras erzielte Octoberpreise, Kurpah 2-4d mehr, von 1165 Riften wurden 736 Riften gekauft. Waaubolz niedriger. Baumwolle wenig verändert. Leinsamen behauptet. Metalle schwach behauptet. Leinöl fest, in Hull 39. 3, März 40s, April-Juni 40. 6. Coccosöl flau 46-47s. Palmöl flau, 41s. Petroleum flau, 2. 4-5. Talg besser, dip. 47s.
Wechselcours 3 Mtc.: Amsterdam und Rotterdam 12 1/2-1/4-1/2. Antwerpen und Brüssel 25. 52 1/2-57 1/2. Hamburg 13. 10 1/2. Paris 25. 65-60. Frankfurt 121-1/4. Wien 10. 65-70. Petersburg 29 1/4-3/8. Berlin und Köln 6. 28 1/2-29 1/2.

Frachtberichte.
Odesa, 4. Februar. Ungeachtet des Mangels an disponiblen Schiffen sind Frachten gefallen und wurde vor einigen Tagen das einzige ladefertige Schiff im Hafen, ein Engländer (3200 D.), zu 40s nach England abgegeben. pro Juni werden Schiffe zu 45s offerirt, ohne jedoch Nehmer zu finden.
See- und Stromberichte.
Vordera, 12. Februar. Die Bucht und alle stehende Gewässer haben sich seit gestern mit festem Eise bedeckt; das im Fahrwasser befindliche Schlamm-Eis ist jedoch durch den frischen Süd-Wind in die See getrieben worden und die Duna demnach von der Flussmündung bis zur Vordera frei, so daß etwa kommende Schiffe unbehindert in den Hafen eingeführt werden können.

Selsingör, 13. Februar. Die Reise haben gestern Nachmittag nordwärts fortgesetzt: Hannon. Brigg Ida, Kneppa, Schooner Helene. Krufe und Breuß. Bark.
Wind: Morgens WSW., einfach gereifte Marssegels-Rüthle, Mittags W., Bramsegels-Rüthle, Regen. Therm. + 4° N.
Christiansand, 10. Februar. Die „Sophie Wilhelm“, von Bernau nach Keith, ist in Mandal eingelaufen und entläßt.
Hamsgate, 11. Februar. Das Klostler Schiff Demmia, Schulb., strandete früh 7 Uhr auf West Brake Sand. Die Mannschaft und 3 Bootskleute aus Deal retteten sich im eigenen Boot.
Lowestoft, 12. Februar. Die Preuß. Brigg Georg Freiherr von Vincke, Sauerbier, ist durch einen Schleppdampfer aus See hier eingeschleppt; hat in den Dinen beide Anker und Ketten verloren.

London, 13. Februar. Der Preuß. Schoner Prinz-Regent, Lembe, von Antwerpen nach St. Thomas, hat zwei Anker und Stabel verloren und ist in Ramsgate eingelaufen.
In See angesprochen. Preussisches Schiff „Maria“, von Swanea nach Barcelona, am 9. Febr. auf 50° N. Br. und 7° W. L., durch das Schiff Catharina Aaatha, in Kalmouth angekommen.
Breslau, 14. Februar. Oberpegel 16 Fuß 4 Zoll, Unterpegel 3 Fuß 2 Zoll.

Vofen, 14. Februar. Wasserstand der Warthe 4' 3".

Patent-Ertheilung.
Den Gebrüdern Harmel in Paris unter dem 12. d. M. ein Patent auf eine Kamm-Maschine für Wolle.
Entbindungs-Anzeige. [739]
Die heute Abend 9 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Christiane, geb. Radmann, von einem kräftigen Mädchen, zeige ich statt jeder besonderen Meldung ergebenst an.
Wollin, den 13. Februar 1866.
August Ehrlich.

Nach Königsberg i. Pr.
(Elbing, Tilsit, Braunsberg)
ladet und wird prompt expedirt
A. J. Dampfer „der Preusse“, Capt. Heydemann.
[690] Neue Dampfer-Compagnie.
Mit dem heutigen Tage beginnen die regelmäßigen Verladungen nach der Weichsel und Nege.
Stettin, 15. Februar 1866. [741]
Ludwig Klog.

Haus-Verkauf.
Das vor 20 Jahren erst sehr gut gebaute zum Nachlasse des Herrn Dr. Fr. von Hagenow gehörige Wohnhaus, an der Papenstraße 18 6 hier, nebst großem Hintergebäude, Hofraum und großem Garten, enthaltend außer einer Aussenfabrik mehrere Kammern, Bodenraum und geräumigen Keller, in I. Etage 6 Zimmer, 1 Saal, Küche und Speisekammer, in II. Etage 6 Zimmer, 1 Saal, Küche und Speisekammer, in III. Etage 4 Zimmer, soll verkauft und zum 1. Juli d. J. übergeben werden. Hierauf Reflectirende wollen sich gefälligst bei mir melden, und kann das Grundstück jeder Zeit von Morgens 11 Uhr ab besichtigt werden. [737]
Greifswald, den 12. Februar 1866.
Dr. Gutjahr.

[736] Das zu der Barnitz u. d. Holzstraße auf der Silberwiese zu beiden Seiten der im Bau begriffenen Eisenbahn, ca. 130 M. □ gr., bisher zu Lagerräumen u. Magazinen vortheilhaft benutzte Areal soll im Ganzen oder in einzelnen Abtheilungen verkauft werden.
Näheres bei dem Beauftragten
Vorherr, Koblmarkt 6.

Glicheringe
wie
Kieler und Stralsunder Bücklinge
[712] empfiehlt
H. Lewerentz.

Ein Kostretwerk, welches sich im bisherigen Betriebe gut bewährt hat, und auch besonders für Landwirthe geeignet ist, steht billig zum Verkauf.
F. Hessenland's Buchdruckerei.

Pferde-Verkauf.
Am Freitag, den 23. d. M., stelle ich einen Transport theils Luxus- und guter Ackerpferde zum Verkauf, wozu ich Käufer ergebenst einlade.
Loitz, im Februar 1865.
F. Anders.

[725] Einen Commis für's Kurz- und Schnittwaaren-Geschäft sucht
[740] A. G. Herrlinger, Regenwalde.

[646] Zwei zusammenhängende Zimmer, welche sich als Comptoir eignen, stehen Speicherstraße 11 5 sofort oder zum 1. April miethsfrei.
[742] Dampfschiffsbollwerk 8 sind 2 Zimmer, 1 Treppe hoch, als Comptoir, sofort oder später; 3 Treppen hoch Wohnung von 6, 4, 3 auch 2 Zimmern anderweitig zum 1. April zu vermieten.

Drud u. d. Verlag von F. Hessenland in Stettin.
Verantwortlicher Redacteur Otto Wolff in Stettin.